

# Wesener-Zeitung

Neu!  
www.wesener.de

Verlag: ...  
Preis: ...  
Abonnement: ...

für Schlesien und Oberschlesien  
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale  
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverlag: Breslau 10, ...  
Telefon: ...  
Verlag: ...

## Große Koalition mit neuer Maskierung

Im Schacher um die Große Koalition ist der Vorschlag eines „Kabinetts der Persönlichkeiten“, an dem die deutschen Volksparteier Stresemann und Curtius als „Fachminister“ teilnehmen, nicht neu. Die „Vossische Zeitung“ meldete Sonnabend, Stresemann habe sich auf Anfrage bereit erklärt, in ein solches Kabinett unter Hermann Müllers Führung einzutreten. Eine Mitteilung des „Nachrichtenbüros des Vereins deutscher Zeitungsverleger“ bestreitet die Wichtigkeit dieser Nachricht der „Vossischen Zeitung“, teilt aber mit: „Selbstverständlich steht Herr Müller auch mit Minister Dr. Stresemann in Verbindung (1). Vor Montag kommt irgendeine Aenderung der Lage,

also auch die Erwägung über ein eventuelles Kabinett führender Persönlichkeiten, nicht in Betracht.“ Ein solches Kabinett von Hermann Müller bis zu Stresemann und Curtius, den Vertretern der Partei des Trustkapitals, stellt nichts anderes dar, als eine Große Koalition, die die SPD-Führer ohne die geringste Forderung abschließen. In ihrem sozialen Inhalt stellt sie, ebenso wie eine auch formal offen abgeschlossene Große Koalition, eine Koalition zur Durchführung des großkapitalistischen Scharfmacherprogramms dar, wobei die SPD-Führer die verächtlichen Mittel der Bourgeoisie spielen müssen.

## Warum scheiterten die Regierungsverhandlungen?

Klassenkampf oder Koalitionsschacher

Breslau, den 26. Juni.

Von Erich Hausen, Breslau

Die Verhandlungen über die Bildung einer Regierung der Großen Koalition sind nach vergeblichen Versuchen Hermann Müllers, die Deutsche Volkspartei für die Regierungsbildung zu gewinnen, gescheitert. Hermann Müller hat darauf von Hindenburg den Auftrag erhalten, eine Regierung einer kleineren Koalition zu bilden. Die sozialdemokratische Presse versucht, das Scheitern der Regierungsverhandlungen mit der Deutschen Volkspartei als Ergebnis des energischen Eintretens der SPD für die elementarsten Forderungen der Arbeiterklasse darzustellen, denen die Deutsche Volkspartei unter keinen Umständen beitreten wollte. Die Presse der „linken“ Sozialdemokraten atmet erleichtert auf und hofft bereits, daß auch die Versuche auf Bildung einer kleineren Koalition an der Hartnäckigkeit der bürgerlichen Partner scheitern werden und somit die SPD, wider ihre eigene Absicht und wider ihren eigenen Willen, gezwungen ist, wieder wie bisher die lokale Opposition zu spielen. Dann, höher diese tapferen „Linken“, wenn die Bourgeoisie ohne Rücksicht auf die hinter der SPD stehenden Massen und ihre Stimmungen durch die klare und unzweideutige Ankündigung ihrer Klassenforderungen der SPD die Möglichkeit nimmt, ihr Bündnis mit der Bourgeoisie zu maskieren, werde die SPD, notgedrungen in Opposition gehen müssen, und dabei werde ihr ihr bisheriges Geschäft des Betruges der Massen durch ein Scheinlampfen gegen die Bourgeoisie wieder möglich sein.

Diesen Versuchen, der Arbeiterschaft das Scheitern der Verhandlungen auf Bildung der Großen Koalition so darzustellen, als ob die SPD von der Deutschen Volkspartei die Erfüllung bringender proletarischer Forderungen verlangt habe, muß mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Wie aus den Erklärungen der bürgerlichen Parteien und der SPD hervorgeht, ist das Scheitern der Verhandlungen auf folgende Punkte zurückzuführen:

Die Deutsche Volkspartei besteht darauf, daß der vom verflochtenen Reichstag beschlossene und bewilligte Panzerkreuzer sofort gebaut wird. Wie noch erinnerlich, hat die SPD gerade gegen den Bau dieses Panzerkreuzers eine entsprechende Agitation während des Wahlkampfes geführt und dabei betont, daß die Bürgerblockmehrheit des Reichstages im gleichen Atemzug, da sie die Mittel für den Bau eines Panzerkreuzers bewilligte, den Antrag auf zehn Millionen für Kinderpeisungen ablehnte. Dabei ist jedoch bekannt, daß der Reichsrat mit den Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter die Zustimmung für den Bau des Panzerkreuzers gab. Selbst die Opposition der Sozialdemokratie im Reichstag gegen den Panzerkreuzer erfolgte nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, nicht aus dem Bewußtsein, daß man dem bürgerlichen Staat keine Mittel für Rüstungszwecke bewilligen dürfe, sondern vom Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit. Die SPD gab dabei der Meinung Ausdruck, daß dieser Panzerkreuzer keineswegs der ihm zugewiesenen Aufgabe gewachsen sei, Opatowitz von der Seeferse her gegen Angriffe vom Osten zu verteidigen. Dabei ist noch zu beachten, daß die SPD gegen den Bau des Panzerkreuzers nichts einzuwenden hat, sondern unter Rücksichtnahme auf die Massenstimmung ihre Regierungstätigkeit nicht mit dem Bau des vom Bürgerblockreichstag beschlossenen Panzerkreuzers beginnen will. Es ist also klar ersichtlich, daß es sich bei dieser Frage keineswegs um große Meinungsverschiedenheiten handelt, sondern lediglich um taktische Differenzen, die der SPD durch den Wahlausgang und ihre Arbeiterwähler diktiert werden. Dies geht auch klar aus der Stellungnahme der übrigen bürgerlichen Parteien der Großen Koalition hervor, die ja, wie das Zentrum ebenfalls, dem Bau des Panzerkreuzers im verflochtenen Reichstage mit zugestimmt haben.

Die Frage des Verfassungstages ist ebenfalls keine Frage, bei der die Differenzen prinzipieller Natur sind. Was hat das proletarische Interesse damit zu tun, ob der Tag der Weimarer Republik, deren Weg mit den Leichen der Besten des deutschen Proletariats gepflastert wurde, am 11. August oder im Januar, ob durch gesetzlichen Zwang mit Arbeitsruhe oder nicht mit Arbeitsruhe gefeiert wird? Das Proletariat hat keine Veranlassung, diese Republik und ihren Verfassungstag weder im August, noch im Januar, zu feiern. Aus diesem Grunde ist ebenso klar ersichtlich, wie an der Frage des Panzerkreuzers, daß es sich hier nicht um Klassenfragen, wie der „Vorwärts“ behauptete, sondern lediglich um taktische Differenzen zwischen den zwei Flügeln der Bourgeoisie handelt.

Auch die Frage der Umbildung der preussischen Regierung war von der SPD mit einem Entgegenkommen behandelt worden, das man meinen konnte, die Deutsche Volkspartei würde mit der klaren Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten Brauns einverstanden sein. Aus ihr ging hervor, daß die SPD bereit sei, die Frage der Erweiterung der preussischen Koalition durch die Deutsche Volkspartei im Herbst vorzunehmen. Wenn die Deutsche Volkspartei auf die sofortige Umbildung der Regierung bestand, so ist also auch hier nur ein gradueller Unterschied, der auch hier nichts mit den Klasseninteressen des Proletariats zu tun hat.

Als letzte Frage wird von der Deutschen Volkspartei die Erfüllung der sogenannten Ley-Drünning zum Anlaß genommen, ihrerseits die Erfüllung einiger Steuererleichterungen zu

## Mobile gerettet!

III. London, 25. Juni. Nach Meldungen aus Stockholm hat das schwedische Verteidigungsministerium eine drastische Nachricht von dem Führer der schwedischen Hilfs-Expedition für Mobile erhalten, wonach General Mobile gerettet ist und die Rettungsarbeit fortgesetzt wird.

### Wo ist Amundsen?

III. Oslo, 24. Juni. Das norwegische Wehrministerium erklärt, daß die französische Latham-Maschine im Falle einer Notlandung auf dem Wasser nur mit einem Aktionsradius von etwa 100 Kilometern fliegen kann. Da der Eisbrecher „Malygin“ sich zurzeit noch östlich von der Bäreninsel befindet, und der letzte Funkbruch Amundsens am vorigen Montag um 15,45 Uhr aus jener Gegend kam, gewinnt die Annahme stark an Wahrscheinlichkeit, daß Amundsen und seine Begleiter bei der Bäreninsel zu einer Notlandung gezwungen waren und augenblicklich noch am Leben sind.

### Die russischen Hilfsmaßnahmen

III. Kowno, 25. Juni. Aus Moskau wird gemeldet, daß der russische Eisbrecher „Krasin“ an die Sowjetregierung geschenkt habe, daß er eine zeitweise Verbindung mit Amundsen hergestellt hat. „Krasin“ ist schon dicht an Spitzbergen herangekommen und wird durch Flugzeuge versuchen, Amundsen aufzufinden. Der Leiter der russischen Expedition, Professor Samoilowitsch, erklärt, daß die russischen Flieger mit dem Zunderapparat Amundsen an Bord des „Krasin“ bringen wollen.

III. Kowno, 23. Juni. Nach einer Meldung aus Moskau hat der Eisbrecher „Malygin“ von der Regierung die Weisung erhalten, sich sofort auf die Suche nach Amundsen in die Gegend nördlich von Spitzbergen zu begeben.

## Massenprotest gegen das Verbot des Untergautreffens

Oppeln, 25. Juni 1928.

In einer wichtigen Massenversammlung nahm die hiesige Arbeiterschaft gegen das Verbot des roten Gantreffens Stellung. Unter großer Entrüstung der Versammelten wurde das enge Bündnis des Stahlhelms mit den Behörden geißelt und besonders darauf hingewiesen, daß der Rote Frontkämpferbund, Gau Oberschlesien, bereits im November 1927 in einer Gantreffensbeschlüssen hatte, sein Untergantreffen im Jahre 1928 durchzuführen. Im Rahmen dieses Beschlusses wurde das erste Untergantreffen für den 1. Juli in Oppeln festgesetzt, während der Stahlhelm, Landesverband Schlesien, seinen Aufmarsch erst im zweiten Quartal 1928 angekündigt hat. Es handelt sich also bei dem Aufmarsch der Stahlhelmer zugleich um eine tatsächliche Gegen demonstration gegen den RFB. Trotzdem verbietet der stellvertretende Polizeipräsident nicht etwa die tatsächliche Demonstration, sondern das Monate vorher angekündigte Gantreffen des RFB. Schon seit Monaten haben fortgesetzt die ober-schlesischen Industriellen Stahlhelmmangehörige in ihre Betriebe eingestellt, und der Stahlhelmaufmarsch am 1. Juli soll die Generalmobilisation für den Betriebsfaschismus sein. Gegen diese skandalöse Unterstützung

durch die schwarzrotgoldenen Behörden wurde in der Versammlung fürmischer Protest erhoben.

In anderen Orten, namentlich in den Landgemeinden Oppeln sind auch Protestkundgebungen geplant.

## Bezirkskonferenz der Freidenker Schlesiens

Wienitz, 25. Juni. Gestern fand im Wienitzer Volkshaus die Bezirkskonferenz der schlesischen und ober-schlesischen Freidenker statt. Nach dem Referat von dem angeblich parteilosen Schirdeman über die Situation in Verband und Generalversammlung in Frankfurt wandten sich mehrere Diskussionsredner scharf gegen die Bürgerlichkeit der Bewegung und gegen die Beschneidung der Rechte der Mitglieder. Auf Vorschlag von Rietich wurde trotz des Protestes der Opposition über alle Anträge en bloc, im Sinne des Referats“ abgestimmt. Die damit angenommenen Änderungsanträge zum Statut geben den Bürokraten weit größere Vollmachten als es bisher der Fall war. Die Anträge der Ortsgruppe Breslau, die u. a. die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen verlangten, wurden dem Hauptvorstand als Material (!) überwiesen. Ausführlicher Bericht folgt.

## Vom Tage

Nachdem am Sonnabend keine Verhandlungen über die Regierungsbildung stattfanden, wird heute, Montag, der Koalitionsschacher von Hermann Müller fortgesetzt.

In einem Altfeinlager in Brügge (Belgien) plagierte durch einen Brand eine Granate. Sechs Personen wurden getötet, 40 verletzt.

In der Sonnabend Sitzung des Oldenburgischen Landtages wurde ein sozialdemokratischer Misstrauensantrag abgelehnt. Durch die Stimmen des Zentrums, das mit der Deutschnationalen Volkspartei und der Volkspartei zusammenging, wurde die Reichsregierung gerettet.

Im Neuesten Ausschuss des Staatsrates wurde mitgeteilt, daß die preussische Staatsregierung beabsichtige, am 2. Dezember die Kommunalwahlen vorzunehmen und mit diesen die Wahlen zu den Kreistagen und den Provinziallandtagen zu verbinden.

Einer Neutermeldung aus Belien zufolge ist beschlossen worden, sofort eine britische Truppenabteilung nach Tschungtschang in der Provinz Tschantung zu entsenden „zum Schutze von Leben und Eigentum“ der dortigen britischen Bourgeoisie und ihrer Angestellten.

Am Sonnabend überreichte der amerikanische Botschafter in Berlin der deutschen Regierung den neuen Vertragsentwurf für den Antikriegspakt und eine Begleitnote. (Wir werden zu diesem Vertragsentwurf, mit dem die arbeitenden Massen aus neue demokratische Illusionen über Kriegsrüstungen und Kriegsgefahr hinweggetäuscht werden sollen, ausführlich Stellung nehmen.)



verlangen. Auch hier handelt es sich keineswegs um eine Forderung, die die Arbeiterklasse vom Standpunkt ihrer Interessen veranlassen könnte, zum Regierungschacher eine andere Stellung einzunehmen. Bereits im verflochtenen Bürgerblocktag wurde ein Antrag des Zentrumsmannes Brünning angenommen, der verlangte, daß das steuerfreie Existenzminimum heraufgesetzt bzw. die Lohnsteuer herabgesetzt wird, falls die Lohnsteuer einen höheren Betrag als hundert Millionen Mark im Monat erbringe. Es handelt sich also hier um ein Versprechen der Bürgerblockparteien, das die SPD. wenigstens zur Verankerung ihrer Regierungsteilnahme den Massen vorwerfen möchte. Dabei ist klar, daß eine einseitlich kämpfende, außerhalb der Regierung stehende und alle außerparlamentarischen Machtmittel ausnützende Arbeiterklasse der Bourgeoisie bedeutend mehr abringen könnte, als hier die SPD. verlangt.

Aus diesem Grunde kann man zusammenfassend nach Sichtung der Differenzpunkte, die zum Scheitern der Regierungsverhandlungen mit der Deutschen Volkspartei führten, feststellen, daß das Geschick der SPD., wonach die Klassenantagonismen und die kapitalistischen Forderungen der Deutschen Volkspartei kraftvoll und entschieden von Hermann Müller zurückgewiesen wurden, nichts als leeres und inhaltsloses Geschwätz zum Betrug an den Interessen der Arbeiter ist. Zugleich wird versucht, die Fußritte, die sich die SPD. seit Beginn der Regierungsverhandlungen zuzog, als ein Ergebnis des Klassenkampfes zu werten, und die in Aussicht genommene kleine Koalitionsregierung als einen wesentlichen Unterschied gegenüber der zuerst in Aussicht genommenen Großen Koalition darzustellen. Hierüber besondere Worte zu verlieren, ist angesichts der reaktionären Haltung des Zentrums und angesichts der Rechtschwenkung der demokratischen Vorwärtler nicht erforderlich. Zum anderen verweisen wir nur darauf, daß ja unsere Leser bereits aus dem Munde des Herrn Eckstein von der SPD. erfahren haben, daß die preussische Koalitionsregierung der Weimarer Parteien sich in nichts von der Politik des verflochtenen Bürgerblocks unterschied.

Gerade der neuerliche Regierungschacher hat erneut bewiesen, daß die Stellungnahme der kommunistischen Partei einzig und allein den Interessen der Arbeiterklasse Rechnung trägt. Jede Teilnahme an der Regierung schwächt die Kampfkraft der Arbeiterklasse, spaltet das Proletariat, führt zur Aufgabe der Klasseninteressen des Proletariats gegenüber vermeintlichen und gemeinsamen Volks- und Allgemeininteressen, die in Wirklichkeit die Umschreibung der kapitalistischen Interessen sind. Das deutsche Proletariat weiß aus den Erfahrungen der Vergangenheit, und aus der Geschichte des Klassenkampfes überhaupt, daß es alle seine Forderungen bisher nur im Kampf, nicht aber in der Koalition mit der Bourgeoisie erreichte. Die zwölf Millionen sozialdemokratischer und kommunistischer Wähler auf der Grundlage der elementarsten Tagesinteressen und Erfordernisse zusammengesetzt, mit dem starken und eindeutigen Willen ausgestattet, ihre ganze Kraft in die Waghals der Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie zu werfen, nur so vermag das Proletariat selbst die primitivsten Forderungen durchzusetzen. Nur so vermag es auch den Weg freizumachen und vorzubereiten für die große geschichtliche Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit, die dem Proletariat die Herrschaft zur Freiheit freizulegen wird.

Deshalb muß die Arbeiterklasse zum Koalitionschacher Stellung nehmen. In den Betrieben, dort, wo der kommunistische, der sozialdemokratische und der parteilose Arbeiter unter gleichen Bedingungen kämpfen muß, dort, wo ihnen ihr Feind in demokratischer, volksparteilicher, nationaler und christlicher Umhüllung gegenübertritt, dort erlischt der Gedanke der Koalition mit dem Unternehmer, tritt gebieterisch die Gemeinschaft der Klasseninteressen der Arbeiter gegen den Unternehmer in ihre Rechte, dort ist der Ort, wo die Klassenfronten ihre stärkste Prägung erhalten. Von hier muß auch der Kampf gegen die Koalitionspolitik ihren Ausgang nehmen. Die gemeinsamen Nöte müssen gemeinsame Forderungen und den gemeinsamen Kampf zur Folge haben. Tausendfach muß aus den Betrieben der Ruf gegen die Koalition an die Fraktion der SPD. ertönen, tausendfach Widerhall müssen die im Aufruf der kommunistischen Partei formulierten Tagesforderungen auslösen, und mächtig muß in Stadt und Land die Einheitsfront des Kampfes um ihre Verwirklichung ertönen. Das ist der Weg des Wiederaufstiegs der deutschen Arbeiterklasse. Er muß beschritten werden. Die Arbeiter in Stadt und Land sollen das Wort ergreifen und ihn beschreiten. Die kommunistische Partei wird an ihrer Spitze stehen.

## Der Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Oppositionelle Mandate sollen annulliert werden.

Dreitag begann der Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, der zum erstenmal in den eigenen Räumen der Bundesschule stattfand. Die Tagung wurde durch Sparten tagung der Turner, Fußballer und Wassersportler und eine Frauenkonferenz eingeleitet. Bei den Frauen wurde Anträge für die Zulassung von kommunistischen Vertretern zum Bundestag gestellt. Auf einer Bundesausschussung, auf der die letzten Vorbereitungen für die Jubiläumstagung zum 35-jährigen Bestehen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes getroffen wurden, wurde eine Resolution vorgelegt, nach der mit allen kommunistischen Institutionen die Verbindung aufgehoben werden sollen. Die Resolution wurde gegen die Stimme von Eltroth-Beipzig und die Stimmenthaltung von Werner-Höln angenommen. Die Kreisvertreter traten ebenfalls zu einer Konferenz zusammen. Der hauptsächlichste Tagesordnungspunkt bestand in der Annullierung (1) der Berliner Mandate der Genossen Jöbel, Kienbaum und Friedmann und der Genossen Lange und den Leipziger Genossen Reichner und Ott. Die Annullierung wurde mit kommunistischer Agitationsarbeit im A.T.S.B. begründet. Dieser provokatorische Antrag löste eine außerordentlich erregte Diskussion unter den Kreisvertretern aus, weil sie nicht begreifen konnten, daß die Berliner und Genossen mit einer solchen Brutalität die Befehle des SPD-Parteitag durchzuführen wollen.

Die erste Sitzung des Bundestages brachte dann die Resolutionen über den Streik, unter denen der Vertreter der SPD. fehlte, da er nicht zugelassen war. Der Vertreter der kommunistischen Presse nahm, entgegen dem Beschlusse des Bundesausschusses, an der Tagung teil. (Weiterer Bericht folgt.)

## Der neue Roteten-Versuch mißglückt

Der „Schwarz-Wagen“ zertrümmert

Die neuen Rotetenversuche mit dem auf Schienen laufendem Rotetenwagen Fritz Opels sind am Sonnabend mißlungen. Bei der ersten Fahrt explodierten die Roteten vorzeitig auf der Mitte der Versuchsstrecke, bei dem zweiten Versuch wurde der Wagen gleich bei Beginn der Fahrt aus den Gleisen geworfen, so daß er sich an der Weichengasse überschlug. Sofort explodierte ein Teil der Ladung. Der Wagen ist vollständig demoliert. In beiden Fällen war der Wagen unbesetzt. Beim zweiten Versuch hätte man eine

# Hilferdings Theorie und die sozialdemokratische Praxis

Ernst Bollweber, N. d. V., Breslau

Auf dem Nierler Parteitag der SPD. hat Herr Hilferding, der „große“ Theoretiker mit „realpolitischem Sinn“, wie ihn seine sozialdemokratischen Parteifreunde nennen, eine programmatische Rede gehalten. Der Parteivorstand der SPD. ließ diese Rede wegen ihrer Vorzüglichkeit drucken und in Hunderttausenden von Exemplaren verteilen. In dieser Rede fand die sozialdemokratische Auffassung von der friedlichen Entwicklung zum Sozialismus ihren Ausdruck. Das Kernstück der Rede war die sogenannte Theorie vom „politischen Lohn“. Die Sache ist von einer herrlichen Einfachheit. Jeder Lohn- oder Gehaltsempfänger braucht nur sozialdemokratisch zu wählen, und wenn das geschieht, wird der Lohn automatisch steigen. Herr Hilferding setzte auseinander, daß heute der Lohn durch das Schlichtungswesen staatlich geregelt werde, daß man insolge dessen nur an Stelle der bürgerlichen Schlichter sozialdemokratische Schlichter zu setzen brauche, und die Lohnschiebsprüche würden der Arbeiterschaft viel mehr bringen. Da aber die Schlichter vom Arbeitsminister der Reichsregierung ernannt werden und von dort ihre Richtlinien bekommen, muß selbstverständlich auch der Reichsarbeitsminister ein Sozialdemokrat sein. Deshalb müssen die Arbeiter sozialdemokratisch wählen, damit die SPD. viel Mandate und Minister bekommt, darunter auch den Reichsarbeitsminister. Also das ist die Hilferding'sche Theorie vom politischen Lohn.

Die SPD. hat nun einen großen Wahlsieg errungen. Mit großem Tamtam wurde verkündet, daß man jetzt das Gewicht von 138 Mandaten in die Reichshalle werfen würde. Da auch der Wille zur „Verantwortung“ da war, denn so konnte man in jeder sozialdemokratischen Zeitung lesen, war das Exemplar einfach. Also von an den Staat, her mit dem Reichsarbeitsministerium. Die SPD. brauchte aber dieses Reichsarbeitsministerium nicht einmal zu fordern, es wurde ihr bei den Regierungsverhandlungen vom Zentrum freiwillig angeboten. Was tat Herrmann Müller, der mit der Regierungsbildung beauftragte Sozialdemokrat? — Er bat den bisherigen zentralistischen Reichsarbeitsminister, in „Amte zu bleiben!“ Für die gläubigen Wähler der Liste 1<sup>er</sup> war das ein etwas merkwürdiger Vorgang, und selbst Herr Kranold, Chefredakteur der „Volkswacht“, zerbrach sich den Kopf, wie man diesen Widerspruch zwischen der Hilferding'schen Programmrede und dem Angebot Herrmann Müllers an Brauns erklären könne.

Mit heissem Spott fallen jetzt die bürgerlichen, insbesondere die Zeitungen des Zentrums, über die SPD. her, machen sich lustig über die politischen Erlässe Herrmann Müllers, sich vor der Verantwortung, zu der man angeblich bereit war, unauffällig zu drücken. Das Parteil der christlichen Gewerkschaften in Köln sagte sogar den Beschluß, das Zentrum solle in Zukunft darauf verzichten, den Arbeitsminister zu stellen und unter allen Umständen dieses Ministerium den Sozialdemokraten überlassen, damit die Taten mit den Worten der SPD. in den richtigen Einklang gebracht werden können. Wenn aber die SPD. ablehnt, den Reichsarbeitsminister zu stellen, denn sollte sie bußfertig erklären, daß die bisherige Kritik an dem

Zentrumsminister falsch war, und in Zukunft sollen sozialdemokratische Gewerkschaftsfunktionäre jede Agitation gegen die schlechten Schlichtersprüche einstellen. Dieser unerfreuliche Rippenstoß, den der fromme Koalitionsbruder der SPD. versetzt, ist wohlverdient.

Es war ein großartiger Volksbetrug, als die sozialdemokratischen Agitatoren ins Land gingen und die „Lehre“ verkündeten, daß, wenn man sozialdemokratisch wähle, neben vielen anderen Annehmlichkeiten des Lebens auch eine automatische Lohnsteigerung kommen würde.

Väterliche Ablenkungsmanöver, die in einer süßen Kommunismushege mit demagogischen gemeinen Kniffen bestehen, sollten dazu dienen, diesen Betrug an der Arbeiterklasse zu verdecken.

Die Arbeiterklasse kann ihre Lebensbedingungen natürlich nur im harten und unerbittlichen Ringen mit dem Unternehmertum verbessern. Massenstreiks, die mit aller Rücksichtslosigkeit geführt werden müssen, können nur zu einer Hebung der heute so miserablen Lebenshaltung führen. Bei allen Versuchen des Proletariats, auf diesem Wege vorwärts zu kommen, stellt sich der sozialdemokratische Apostel hin, predigt nicht nur Friedfertigkeit, sondern wirft den kämpfenden Proleten Knüttel zwischen die Beine. Das ist jene typische Figur des reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, der bremst oder eine im Gange befindliche Streikbewegung abmürrt. Dann jener sozialdemokratische Polizeipräsident, der bei Streiks dem bestreikten Unternehmer Polizeischutz für seine Streikbrecher anbietet, wie jetzt im Rheinland, wo die Binnenarbeiter und Hafenarbeiter streiken. Der sozialdemokratische Polizeipräsident ließ sogar das Motorboot des Verkehrsverbundes beschlagnahmen, weil es dazu diente, die Rheinschiffer, die noch auf ihren Schiffen waren, davon zu unterrichten, daß der Streik ausgedehnt sei. Und jener sozialdemokratische Hafenbezwerner im Düsselbors, der die städtischen Kräne trotz des Streiks den Unternehmern zur Entladung der Schiffe, also einer ausgeprägten Streikbrecherarbeit, zur Verfügung stellte.

Das sind einige Beispiele — nur wenige aus dem Bündel der arbeitlerfeindlichen Handlungen — die die sozialdemokratische Praxis zeigen. Die Theorie ist verlockend, so schön, daß sie nicht zu verwirklichen ist. Die Praxis aber zeigt die Musterbeispiele des Arbeiterverrats.

Die Konsequenzen für die Kommunisten sind einschneidend. Gerade jetzt und in Zukunft, bei einer Koalitionsregierung von der SPD. bis zur sozialdemokratischen Volkspartei, wird der arbeitlerfeindliche Charakter der sozialdemokratischen Politik offenkundig werden und damit unsere Arbeit unter den von der SPD. beeinflussten Massen erleichtert. Dieser Kampf gegen die SPD.-Politik muß mit äußerster Schärfe, prinzipieller Klarheit über den grundverschiedenen Charakter der SPD. und der KPD., und mit sachlichen Argumenten geführt werden. Daß wir an sachlichen Argumenten keinen Mangel haben werden, dafür sorgt die SPD. durch ihre Politik selbst. Die Zeit zur Verfestigung des kommunistischen Einflusses ist äußerst günstig. Alle Kräfte müssen jetzt eingespannt werden, um die sozialdemokratische Ideologie bei dem entscheidenden Teil der Arbeitermassen zu zerstören.

Kaße hineingelegt, um den Luftdruck zu erproben. Sie wurde getötet. Von den Zuschauern wurde niemand verletzt.

Über die beim ersten Versuch erzielten Geschwindigkeiten liegen verschiedene Meldungen vor. So wird einerseits behauptet, der Wagen hatte eine Stundengeschwindigkeit von 180 Kilometern, nach anderen Angaben von 234 Kilometern.

## Jugentgleisung auf der Dabes-Bahn

15 Verletzte, ein Schwerverletzter

Der D-Zug 135 Friedrichshafen—Stuttgart ist Sonnabend um 14,05 Uhr bei der Durchfahrt durch die Station Ummendorf bei Wülfersbach a. N. aus bis jetzt unbekannter Ursache entgleist.

Die Lokomotive ist umgepörrt. Sämtliche Wagen sind nach der Entgleisung auf dem Bahndörper zum Stehen gekommen. Etwa 15 Reisende, darunter der Lokomotivführer, sind leicht verletzt worden. Die Verletzungen des Leiters sind ernster Natur. Beide Hauptgleise sind gesperrt. Der Verkehr wird durch Umleiten aufrechterhalten. Die Reisenden des entgleisten Zuges sind mit Sonderwagen bis Ulm befördert worden.

Die neue Jugendgleisung zeigt, daß das Norddeutsche Dampfwerk ungehindert weiterhin besteht.

## Der Danziger Polizeipräsident verbietet das Tragen der RFB- und Rote Marine-Uniform

Der Gaujführung des RFB. des Gaues Danzig ist vom Danziger Polizeipräsidenten das Verbot des Tragens der Bundeskleidung bei Anlässen und Kundgebungen unter freiem Himmel zugegangen. Für die Begründung des Verbotes wird vom Danziger Polizeipräsidenten angegeben, daß der RFB. eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit in Danzig bedeute. Die Danziger Arbeiterschaft hat bereits am Dienstag, dem 19. Juni, in einer gewaltigen Kundgebung gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes protestiert. In dem Demonstrationzug wurden Transparente mit der Aufschrift geführt: „Der RFB. ist nicht verboten.“ Die Danziger Polizei hat es bei dieser Kundgebung auf Provokationen der Danziger Arbeiterschaft angelegt. Mit Gummistöcken bewaffnet, bildet die Polizei Straßenpallier. Die Vertreter der Kommunisten im Danziger Volksrat nahmen gegen das Verbot Stellung und erschienen alle in der Uniform des RFB. Bürgerliche wie Sozialdemokraten glaubten, die RFB-Kameraden, die in Uniform erschienen waren, verhöhnen zu dürfen. Ein Vertreter der Deutschnationalen erklärte, daß sie nächsten in Uniform des Stahlhelms im Volkstag erscheinen würden. Die Vertreter der Kommunisten werden nicht eher rasen, bis das Verbot wieder rückgängig gemacht ist.

## 124,21 Franken = 1 Pfund Sterling

III. Paris, 24. Juni. Der erste Satz des Artikels 2 des Gezeckentwurfes über die Münzeinheit hat folgenden endgültigen Wortlaut: „Der Franken, die französische Münzeinheit, besteht aus 65,45 Milligramm Gold mit einem Feingehalt von 900 pro Tausend. Dieser Goldwert entspricht einer Parität des Pfund Sterling von

124,21 und des Dollars von 25,52. Das Verhältnis zum Schweizer Franken stellt genau den Entwicklungskoeffizienten von 4,92 dar.

Die Frankenkabellierung von der Kammer genehmigt. — III. Paris, 25. Juni. Die Kammer nahm am Sonntagabend, kurz vor 21 Uhr, nach zehnstündiger Beratung das Stabilitätsgesetz mit 450 gegen 22 Stimmen bei 472 abgegebenen Stimmen an.

## Der Mord in Belgrad war vorbereitet!

Massenkundgebung bei der Beisetzung der Ermordeten

Wie aus Agram gemeldet wird, gestaltete sich die Beisetzung von Paul Raditsch und Dr. Vascariček zu einer imposanten Kundgebung. Es sollen ungefähr 300 000 Menschen an der Beisetzung teilgenommen haben.

Zu der Leichenfeier, die eine große nationale Trauerkundgebung ganz Kroatiens war, hatten sich Bauerndeputationen aus allen Teilen Kroatiens und Sloweniens und sogar eine solche aus Bosnien eingefunden.

In den wenigen Betrieben, in denen nicht gestreikt wird, wurde während der Trauerkundgebung die Arbeit niedergelegt.

In Agram wurde der Belagerungszustand verhängt. Zwischen 7 Uhr abends und 7 Uhr morgens darf bei schwerer Gefängnisstrafe kein Mensch auf die Straße. Das Gewerkschafts-Lokal wurde polizeilich aufgeschlossen und seine Räume verriegelt. Unter den 120 Verhafteten sollen sich nach Berichten der jugoslawischen Presse zahlreiche Kommunisten befinden. Gegen drei bekannte kommunistische Führer wurden Haftbefehle erlassen.

Die größte Erregung hat in ganz Jugoslawien eine Erklärung des Oppositionsblocks hervorgerufen, in der an Hand von Tatsachen die Behauptung aufgestellt ist, daß die Ermordung der beiden kroatischen Abgeordneten von der Regierungspartei mit Wissen der Regierung von langer Hand vorbereitet und organisiert war.

## Streik in den Berliner Bäderei-Großbetrieben

III. Berlin, 25. Juni. Die zu Sonnabendabend nach dem Gewerkschaftshaus einberufene Funktionärstagung der Bädereiarbeiter der 25 Großbetriebe hat zu dem durch die Urabstimmung gefassten Streikbeschlusse Stellung genommen und nach mehrstündiger Aussprache einstimmig den sofortigen Beginn des Ausstandes beschlossen. Am Montag werden die 25 Großbetriebe mit 800 bis 900 Geschäften stillliegen. Sechs Großbetriebe sollen die Forderungen der Gesellen bewilligt haben.

## Kleine politische Nachrichten

Vor der Bildung eines Konzentrationskabinetts Marinowitsch. — III. Paris, 23. Juni. Wie der „Matin“ aus guter diplomatischer Quelle in Bulgareff erfährt, wird das jugoslawische Kabinett nach der Rückkehr des Außenministers Marinowitsch zurücktreten, um einem Konzentrationskabinett, wahrscheinlich unter Vorsitz Marinowitsch, Platz zu machen.

An unsere Leser! Infolge Raummangels kann heute die Romanfortsetzung nicht erscheinen.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Herr Bombrowski, für den literarischen Teil Herr Bombrowski, für den literarischen Teil Herr Bombrowski, für den literarischen Teil Herr Bombrowski. — Für den literarischen Teil Herr Bombrowski, für den literarischen Teil Herr Bombrowski. — Für den literarischen Teil Herr Bombrowski, für den literarischen Teil Herr Bombrowski.



# Oberschlesien

## Kindenburg

Ort aus dem Betrieb, dann aus der Wohnung.

Ein Arbeiter, welcher früher in der K.G. für Glasindustrie beschäftigt war, schreibt uns: Am 21. März haben wir Proleten den Segen der Dollarkrone kennen gelernt. Wir sind auf die Straße geflohen. Dadurch wurde uns der Sommerurlaub geraubt. Als Entlassungsgrund wurde Abosmangel angegeben. Zugleich klagen die Unternehmer über die hohen Löhne und unerträglichsten sozialen Lasten. Daß sie in Villen und Palästen wohnen und wir in Glendalchern hausen müssen, darüber klagen die Unternehmer nicht. Aber auch die Glendalcher sollen uns genannt werden. Wenn man in Folge Arbeitslosigkeit die Miete nicht bezahlen kann, bekommt man von der Verwaltung eine Mahnung mit folgendem Vermerk: „Wir ersuchen Sie, zur Vermeidung einer Klage um Zahlung für als baldige Abdeckung Sorge zu tragen.“ Mit anderen Worten bedeutet dies, daß im Falle der Nichtzahlung wir aus unseren Villen, welche aus einer Stube mit Küche bestehen, auf die Straße gesetzt werden. Diese wenigen Zeilen genügen, um das Los der Arbeiter in der bürgerlichen Republik zu kennzeichnen. Kämpft unter Führung der Kommunisten für ein besseres Los!

## Beuthen

Seelenjag der katholischen Schulen und Kirchen

Ein Arbeiter schreibt uns: Ich Unterzeichneter habe mein Kind am 1. April 1927 vom Religionsunterricht in der katholischen Schule abgemeldet. Vor den Pfingstfeiertagen ließ das Fräulein Jureklo meine Tochter Franziska zu sich rufen, beschenkte es mit einer Apfelsine und beaufsichtigte sie mit verschiedenen Wörtern, indem sie den Himmel und die Hölle als die Mittelgebräute, doch den lieben Helland zu empfangen. Aus Angst hat das Kind zugefagt. Daraufhin kam das Kind zu dem hiesigen Kaplan mit einem Zettel von Fräulein Jureklo. Dieser fragte nicht, ob sie vorher schon irgendwie auf den Religionsunterricht vorbereitet war. Er hörte die Beichte durch Ausfragen ab und kommunizierte sie. Also: Nach den katholischen Lehren zu einer schweren Lodsünde verurteilt gemeinschaftlich mit der Schullehrerin Fräulein Jureklo. Als mich mein Kind davon in Kenntnis setzte, entschloß ich mich sofort, mein Kind aus der katholischen Schule herauszuführen und der evangelischen Schule (Westalozschule) Beuthen zu überweisen, damit es von solchen Fanatikern verschont bleibe. Am Sonnabend, dem 9. Juni 1928, erschien das Fräulein Jureklo in meiner Wohnung mit der Bitte, ich soll diesen Vorfall nicht zur Anzeige bringen, sonst würde sie bestraft. Sollte aber das Kind weiter in die katholische Schule gehen, so ist sie gern bereit, die Strafe zu tragen. Aus diesem Vorfall erhellt man wieder, wie diese Leute gegen die kommunistische Weltanschauung kämpfen. Sie sprechen vor keinem Mittel zurück, um die Arbeiterkinder weiter in der Dummheit zu erhalten.

**Aus der Karbidfabrik Bobref.** Ein Arbeiter schreibt uns: Meine Arbeitsstelle befindet sich an der Karbidfabrik Bobref bei Beuthen, wo von der Firma Pohla-Beuthen Pflasterungsarbeiten ausgeführt werden. Um der Gang der Dinge zu verfolgen, seien noch die Firmen Grünwald und Industriebau erwähnt. Unsere Schicht begann um 1/2 1/2 Uhr. Als es etwa gegen 3 Uhr zu einem kurzen, aber kräftigen Regenguß kam, suchten sämtliche Arbeiter auf ca. 5 Minuten Schutz, ohne daß von irgendwelcher Aufsichtsperson etwas dagegen geäußert wurde. Gegen 7 Uhr abends zog erneut ein Gewitter auf, es regnete ca. eine halbe Stunde stark und eisig kalt. Eine Hauptaufsichtsperson

machte den Vorschlag, die Arbeit zu unterbrechen, was jedoch von der Firma Pohla bzw. dem stellvertretenden Steinsekmüller mit den Worten „wir arbeiten weiter“ abgelehnt wurde. Ebenso arbeiteten die Pumpen bzw. Arbeitskollegen der Firma „Industriebau“ weiter. Was war der Grund für ein derartiges Verhalten? Der Herr Direktor des hiesigen Kraftwerks war zufälligerweise bei Beginn des Regens erschienen, um einen Rundgang durch Arbeitsstellen und Karbidwerk zu unternehmen. Aus Angst oder um Vorbeeren zu ernten, wurden um eines Herrn willen, der doch auch nur ein Mensch ist, ungefähr 100 Arbeitskollegen bis auf die Haut durchnäßt. Ist das menschenwürdig, wo jedes Tier, wo es nur kann, Schutz sucht? Und wir als Menschen müssen, um die Tätigkeit der Firma bzw. der Herren Meister und Aufseher hervorzuheben, mit durchnässter Kleidung bis Feierabend durcharbeiten. Ich glaube meinerseits, daß der Herr Direktor kein Wort erwähnt hätte über eine Selbstverständlichkeit, wie es diese war. Vielmehr ist es die Willkür der Firmenangehörigen. Es wäre an der Zeit, daß einer derartigen Schikane, zumal sie noch auf eine angebliche Angst vor dem Herrn Direktor zurückzuführen ist, energig begegnet wird. Wir sind keine Sklaven oder Zuchthausler, um uns jedem Regenguß um einiger Leute willen auszuweichen. Es ist unser Recht, den Schutz zu suchen, den die Herren und deren Diener bei schwachem Sonnenregen schon in Anspruch nehmen. Ein Herr Direktor wird keine 100 Mann dieses Rechtes entziehen können. Kopf hoch und aufgehört: 1. Bei 5 Minuten Regen — Schutz! (Der Herr Direktor war nicht da.) 2. Bei 1/2 Stunden Regen, starkem, kaltem Regen — kein Schutz! (Der Herr Direktor ist da.) Die Folge 100 Mann durchnäßt um des lieben Nächsten willen. Kollegen! Wacht auf und wehrt Euch!

**Zu Tode mißhandelt.** WZ. meldet: Die Sechsbändige Ziegelei in Michowitz war in der Nacht zum Freitag der Schauplatz einer schrecklichen Mordtat. Im Anschluß an ein Nichtst, das aus Anlaß eines Häufersneubaus gefeiert worden war, begaben sich die Steinseker Franz Schaffarczyk und Anton Jaschay in angetrunkenem Zustande auf den Ziegeleiplatz der genannten Ziegelei und fielen hier vermutlich infolge bestehender Differenzen, über den Ziegeleiarbeiter Johann Bichura aus Michowitz her und richteten ihn mit benagelten Baumlaten fürchterlich zu. Nachdem sie den Mann fast bewußtlos geschlagen hatten, luden sie ihn auf einen Karren und schleppten den Schwerverletzten an einen Wassertümpel im Gelände der Ziegelei, um ihn zu ertränken. Bichura hatte jedoch noch Kraft genug, sich aus dem Tümpel wieder herauszuarbeiten, brach aber dann am Rande des Wassers bewußtlos zusammen. Als er später aufgefunden wurde, kämpfte auch die von dem sofort herbeigeholten Arzt ihm zugeführte Kampferspritze nichts mehr. Der Kriminalpolizei gelang es am Freitagmorgen, die Täter in Michowitz festzunehmen.

## Ratibor

Die Ziegeleibesitzer legen still

WZ. meldet: Vor dem Oppelner Schlichtungsausschuß fanden seitdem in dem Lohnstreit der Ratiborer Ziegeleiarbeiter Verhandlungen statt. Der Schlichtungsausschuß hatte eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 8—10 Prozent vorgeschlagen. Dieser Spruch wurde von den Ziegeleibesitzern nicht anerkannt. Sie kündigten vielmehr ihrer Belegschaft zum 2. Juli.

Wieder ein Beispiel, wie die Unternehmer versuchen und versuchen, die Schlichtungsinstanzen zu ihrem Vorteil auszunutzen. Paßt

ihnen der Spruch, so beantragen sie seine Verbindlichkeitsklärung. Paßt er ihnen nicht, so entziehen sie sich ihm durch Stilllegung der Betriebe. Die Arbeiterschaft muß deshalb das Schlichtungsverfahren ablehnen und die notwendigen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen mit dem Mittel des offenen Kampfes durchsetzen!

## Oppeln

Die Jungfrau von Orleans

Unter Berufung auf das Pressegesetz fordert der Oppelner Rechtsanwalt Slegismund uns auf, zu unserem Artikel in der Nr. 13 folgende Berichtigung aufzunehmen:

„Es ist nicht richtig, daß Fräulein Mosa Niek, Oppeln, Herrn Wohl einen Sohn geboren hat.“

Wir kommen dem Wunsche des Herrn Slegismund nach und teilen unseren Lesern mit, daß wir auf die Angelegenheit Mosa Niek noch ausführlich zurückkommen werden.

**Essentielle Sammlung der Arbeiterkamarillen.** Jeder ein Spenden! Am 8. Juli und 15. Juli sammelt die Ortsgruppe Oppeln der Arbeiterkamarillen. Am 26. und 29. Juni Hausammlung, von Oberpräsidenten genehmigt.

**Gaswerk, nicht so nervös!** Vor einigen Tagen berichteten wir über die Auszahlung des Lohnes in städtischen Betrieben. Durch einen kleinen Fehler wurde auch das Gaswerk zu den Uebelstärtern gezählt, obwohl es richtig heißen sollte, daß es da pünktlicher zugeht als im Stadtbauamt, wo die Leute bis fast nach 4 Uhr auf den Gehwegen warten müssen. Im Gaswerk ist trotzdem die Aufregung groß. Soll dort nicht ein schlechtes Gewissen die Nervosität hervorgerufen haben? Fühlt sich das Gaswerk in allen Dingen so ungeschicklich wie hier? Wir glauben es nicht und werden daher jetzt doppelt unser Augenmerk auf diesen städtischen Betrieb richten.

**Ein neuer Befehl.** Eine erwerbslose Arbeiterin schreibt uns: Nun ist das den weiblichen Erwerbslosen gut bekannte Fräulein Hoffmann in Berlin. Kam man den ersten Tag, da sie weg war, nach dem Wohlschichtamt, so konnte man die Feststellung machen, daß die Frauen ganz erfreute Gesichter hatten, und allen, die zum Stempelkamen, erzählten: „Du, die Hoffmann hat Urlaub.“ Mehr Mut gingen die Frauen zum Stempeln. Doch nur einige Tage währte die Freude, bald mußte man die Feststellung machen, daß Fräulein Tatura nicht ein Haar besser war. Ist da eine durchgängige Regel, daß während der Stempelzeit keine Erwerbslose ist? Doch wenn eine feine Dame kommt und ein Mädchen wünscht, wird sie sofort abgefertigt und die Arbeitslosen müssen warten. In diesem Zustand muß sofort Schutz gemacht werden!

**Breslauer Landwirtschaftskammer sucht.** Ein Erwerbsloser schreibt uns: Auf den Arbeitsnachweis Oppeln kommt ein Vertreter der Breslauer Landwirtschaftskammer, um Arbeiter für die Landwirtschaft zu vermitteln. Ueber die Lohnverhältnisse spricht er nicht gern. Warum kommt der Herr ausgerechnet nach Oppeln? Es gibt doch auch in Breslau Erwerbslose. Scheinbar sind die Breslauer Erwerbslosen geschickter als die Oberschlesier. Erwerbslose von Oppeln Augen auf!

## Versammlungskalender

Bezirks-Lenin-Zirkel. Mittwoch 19 Uhr an bekannter Stelle, erpfehlungsabend. Thema: Programmwurf. 3P-Meferen erscheint.

# Verbandstag der Eisenbahner

Auch sozialdemokratische Delegierte kritisieren die Tätigkeit des Hauptvorstandes — Wilde Rede gegen die Opposition

(Schluß des zweiten Verhandlungstages.)

Genosse Koch erstattet hierauf den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Anwesend sind: 167 Delegierte, davon Lohnempfänger 101, Gehaltsempfänger 42 und Verbandsangestellte 24. Außerdem sind auf dem Verbandstag vertreten 17 Vertreter von ausländischen Organisationen und 11 von anderen Organisationen Deutschlands. Dem Antrag der Mandatsprüfungskommission, alle Mandate für gültig zu erklären, wird zugestimmt.

Am Schluß der Nachmittagsveranstaltung entspinnt sich noch eine lebhafteste Diskussion über einen Antrag, der besagt, daß in der nunmehr folgenden Diskussion über den Vorstandsbericht zunächst aus jedem Bezirk ein Vertreter sprechen soll. Dieser Antrag wird gegen eine starke Widerbeheit angenommen.

### 3. Verhandlungstag.

Am dritten Verhandlungstage mußte zunächst der Vorsitzende ein Telegramm der Ortsgruppe Jasterburg vorlesen, in dem Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Königsberger Kollegen verlangt wird. Hierauf begründete Genosse Schwabe einen Antrag, der besagt, daß die am gestrigen Tage vorgenommene Veränderung der Rednerliste wieder aufgehoben werden soll. Diese Veränderung bezweckt nur die Verhinderung der Kritik in ausgiebiger Form.

Der Mann vom Verbandsvorstand wendet sich in sehr scharfer Form gegen den Antrag Schwabe und erklärt, daß bereits der Antrag des Genossen Koch zur Entfernung der Farbe der deutschen Republik aus dem Saal ein Standal gewesen sei. Er wünschte nur, daß in Sowjetrußland einmal ein Menschewik die Entfernung der Sowjetfahnen verlangen könne. Was würden dann die Kommunisten sagen. Die Wortmeldungen zur Geschäftsordnung dürften nicht zu einem Unlug ausarten. Der Antrag Schwabe wird nach dieser Attade abgelehnt.

Als erster spricht in der fortgesetzten Diskussion über den Geschäftsbericht der Kollege Schradde. Er führt aus: Schefel hat gestern betont, daß in der letzten Lohnbewegung der Schlichter von der Hauptverwaltung der Reichsbahn angerufen wurde, um zu verhindern, daß es zum Streik kam. In diesen Worten liegt die Befestigung, daß das Schlichtungswesen Wirtschaftskämpfe der Arbeiterklasse unterbinden soll. Nachdem die Vereinbarungen zwischen den Vertragskontrahenten, der Reichsbahnverwaltung und den Gewerkschaften, abgeschlossen waren, erklärte man den Mitgliedern, daß die Schuld an der geringen Lohnerhöhung der Arbeitsminister Strauß trage. Jetzt aber sehen wir, daß derselbe Arbeitsminister, der die Gehälter des Bürgerblods sehr gut geführt hat, von den Sozialdemokraten gebeten wird, das Arbeitsministerium in der kommenden Koalitionsregierung zu übernehmen. Die Behandlung der Mitgliedschaft bei der verflochtenen Lohnbewegung durch den Vorstand muß ebenfalls kritisiert werden. Der Verbandsbereich wurde erst, nachdem die Vereinbarungen abgeschlossen waren, zusammenberufen. Ich frage die Delegierten, ist das die Aufgabe des Vorkamms, daß man ihn vor vollendete Tatsachen stellt, damit er zu allem Ja und Amen liegen soll. Wir vertreten die Auffassung, daß in solchen Fällen nicht nur der Vorstand und der Beirat, sondern die gesamte Mitgliedschaft entscheiden muß.

Kollege Lange-Harburg (SPD): Die Reichsbahnverwaltung denkt nicht daran, die Lebensverhältnisse des Personals zu verbessern. Auch ich bin, wie das bereits der kommunistische Kollege zum Ausdruck gebracht hat, Gegner des Schlichtungswesens. Die Schlichtungsordnung ist tatsächlich eine Fessel für die Arbeiterklasse. Eine Gefahr für die Eisenbahner sind auch die Dienstbauvorschriften. Das Gedingewesen und die Dienstalterszulage müssen auf das schärfste bekämpft werden.

Kollege Wlora-Beuthen: Ich habe feststellen können, daß die Delegierten dem Königsberger Fall ein großes Interesse widmen. Schefel erklärt in seinem Bericht, daß der Verbandsbeirat auf seiner letzten Tagung einstimmig die Haltung des Hauptvorstandes zur Königsberger Angelegenheit gebilligt habe. Das trifft nicht zu. Ein solcher Beschluß ist im Beirat nicht gefaßt worden. Der Sinn des Antrages, der vom Hauptvorstand dem Beirat zur Beschlußfassung vorgelegt wurde, war der, daß in der Organisation eine zweite nicht gebildet werden kann. Diese Auffassung vertreten auch wir Kommunisten. Wenn in Berlin die sozialdemokratischen Eisenbahner zusammengerufen werden und die Kommunisten ihrerseits das gleiche tun, so kann man das doch nicht als eine Organisation in der Organisation bezeichnen, denn sonst wären die Berliner sozialdemokratischen Kollegen ja auch auszuklaffen. Man erklärt auch, daß die kommunistische Partei besondere Beiträge erhebt. Ich erkläre hier, daß dies nicht der Fall ist. Es besteht kein Zweifel darüber, daß ein verstärkter Kampf gegen die Kommunisten in den Gewerkschaften vorhanden ist. Ich ersuche die Delegierten des Verbandstages, dem Antrag Oppeln, die ausgeschlossenen Königsberger Kollegen wieder aufzunehmen, zuzustimmen.

Kollege Hahn-Breslau (SPD): In unserer Organisation hat sich in der letzten Zeit ein Kurs bemerkbar gemacht, der auf keinen Fall beibehalten werden kann. Bei der letzten Lohnbewegung hat uns der Vorstand aufgefordert, Protektionen anzunehmen, uns aber dann im Stiche gelassen. Die jetzige Schreibung der Zeitung darf nicht beibehalten werden. Unsere Kollegen sind nicht als Bauarbeiter, sondern als Klassenkämpfer zu erziehen.

Redner übt scharfe Kritik an der Tätigkeit der Angestellten bzw. den Vorrechtern, die diesen vom Vorstand eingeräumt sind. Die ehrenamtlichen Funktionäre des Verbandes, erklärt Hahn, haben den besetzten gegenüber nichts zu sagen. (Beifall.)

Blas, Angestellter im Hauptvorstand, bespricht die Vorgänge in Königsberg und will an den Richtlinien der kommunistischen Partei über die Gewerkschaftsarbeit den Nachweis erbringen, daß die Kommunisten eine Organisation im Verbandsverband schaffen wollen. Er nimmt den Vorstand in Schutz und verurteilt den Kollegen Sauf (Königsberg) in der besten Art. Kollege Rademacher-Essen polemisiert gegen die Redaktion der Verbandszeitung und verlangt eine bessere Ausgestaltung derselben. Eine gründliche Revision unserer Vorkamms muß eintreten. Unhaltbar sind die Zustände, die durch das Gedingewesen und die Dienstalterszulage geschaffen wurden. Die Genossen Koch und Stopp wenden sich scharf gegen die Vergewaltigung durch das Büro, indem ihre Namen auf der Rednerliste hinterangestellt wurden und andere Delegierte aus ihren Bezirken, die sich später zum Wort gemeldet hatten, höher in der Liste kamen. Der

Verbandsangestellte DeLers-Dresden wandte sich mit den Worten: Wir lassen uns von Euch Kommunisten mit Eurer Geschäftsordnungsdebatten nicht schürkeln, der Verbandstag muß aufräumen mit diesen Methoden, gegen die berechtigten Einsprüche dieser Genossen. Bevor in der Nachmittags Sitzung die Diskussion fortgesetzt wird, erhält das Wort der Vertreter der belgischen Eisenbahner. Er vertiegt sich zu der Behauptung, daß die beste Sicherung des Friedens eine starke sozialdemokratische Partei sei. Als nächster Redner bei der Fortsetzung der Diskussion über den Geschäftsbericht sprach Kollege Saitowa-Köln. Wir können in der Lohnfrage nicht zufrieden sein mit dem, was wir haben. Die Lohnspanne muß befestigt werden und auch die Wirtschaftsgebiete. Wenn die Organisation die ganze Kraft einsetzt, wird das möglich sein. Unsere Ortsgruppe ist mit der Behandlung der Königsberger Angelegenheit durch den Vorstand nicht einverstanden. Es ist beauerlich, daß solche alten Funktionäre, wie die Königsberger Kollegen, ausgeschlossen werden. Schluß-Berlin verteidigt restlos die Politik des Hauptvorstandes und erklärt: Wenn wir in Berlin eine SPD-Fraktion haben, dann zu dem Zweck, den Vorstand zu unterstützen, während die Kommunisten Fraktionen aufbauen, um denselben zu bekämpfen. In der Königsberger: Wir haben den Kampf in Königsberg gegen die kommunistisch eingestellten Genossen geführt, weil die kommunistische Partei glaubte, Ostpreußen als Ausgangspunkt für eine neue Weltrevolution betrachten zu können. (Soviet Worte, soviet Unfuss. Die Red.) Daß es jetzt, nachdem die Königsberger Ortsgruppe aufgelöst ist, vorwärts geht, zeigt der Verlauf der letzten Bezirkskonferenz, von 58 Delegierten nur 4 für die Opposition stimmen (Kunststück — wenn man Hunderte von oppositionellen Arbeitern erst aus der Organisation hinausgeschmissen hat. Die Red.) Kollege Püschel-Pannover: Ich kann die Stellungnahme des Hauptvorstandes in der letzten Lohnbewegung nicht gutheißen. Der Reichsbahn-Hauptverwaltung ist es gelungen, das Ziel, das sie bei dieser Bewegung verfolgte, zu erreichen. Wir müssen als letztes Mittel auch den Streik anwenden. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird, nachdem vom Vorsitzenden noch 22 Wortmeldungen bekanntgegeben wurden, gegen eine starke Widerbeheit angenommen. Aus den Reihen der Delegierten hört man die Ausruf: Vergewaltigung der Bezirke! — Da brauchen wir auf keinen Verbandstag zu gehen! — Reines Theater da vorne! — Gemeint ist das Büro.)

In seinem Schlußwort beschäftigte sich Schefel kurz mit den wichtigsten Fragen, ohne seine Stellung, wie er sie im Bericht zum Ausdruck brachte, zu ändern. Er vermeldet es aber, ausdrücklich auf die Lohn- und Arbeitszeitprobleme eingegangen und bemerkt ferner auf die kommende geschlossene Sitzung des Verbandstages, wo über die Taktik des Verbandes gesprochen werden soll. Im übrigen verteidigt er seine Spaltungspolitik und läßt weitere Drohungen aus. Dem Redner wird nunmehr Entlassung erteilt.

Dann geschieht etwas, was dieser Tagung noch eine besondere „Bedeutung“ gibt. Ueber die Vorschläge der Antragskommission zu 49 Anträgen, welche bei der Behandlung des Geschäftsberichtes mit zur Beratung kamen — nur ganze 3 wurden zur Beratung empfohlen, für alle übrigen beantragte die Kommission entweder zur Tagesordnung überzugehen, oder sie dem Vorstand als Material zu überweisen usw. — ließ der Vorsitzende ein Votum abstimmen. Ueber 40 Delegierte wandten sich gegen eine solche Handlungsmethode, indem sie gegen die Vorschläge der Antragskommission stimmten.

So wird die wogelange, mühselige Arbeit der Mitglieder in einem Augenblick erledigt. Auch hieraus müssen die Arbeiter



Sagan

Ernst Ramtke Schuhwaren Repler Str. 55
Artur Bürger Gemüße, Kolonial- und Tabakwaren
A. Scupin, Replerstraße 10
Schokoladenhaus Fr. Verliner, Replerstraße 60
Wäsche / Bettfedern Carl Unger, Replerstraße 20
Graf Schumann, Sorauer Straße 15
Gm. Meusch, Sorauer Straße 24
Ferm. Bentz, Nr. 21
Otto Schulz Sorauer Straße 29
THIELE & KALBITZ Sorauer Straße 19
Zur goldenen 34 A. GANTZ
Damenputz Maria Surak

Brots, Weiß- und Feinbäckeri Paul Bürger, Dorotheenstraße 5
Adolf Sello :: Goldschmied
MAX APELT / Zigarrenhaus
S. & J. Grohn / Hofe Straße 13
Hilfred Müller, Kaiser-Wilhelm-Platz 1
ELSE HOFFMANN
Die Saganer Central-Molkerei
Geht alle ins Sankt-Haas
Fahrräder Nähmaschinen ROBERT RICHTER
Brand & Klaus
A. Michaels, Ring 33 Wäschehaus

Grünberg

P. Franke
Gegenhaltkäufe in neuen u. geb. Möbeln und Polsterwaren
Naturreine Lebensmittel
R. Mattern
F. Bohle - Brotmarkt 6
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Fritz Gutsche / Breite Straße 73
Brot- und Feinbäckeri
Kornmühl - Kornwagen
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Spirituosen kauft in der Probierstube
Brot- und Feinbäckeri
Otto Ringel, Niederstraße 54
Milch-, Butter- und Käsegeschäft
Jungbier zum Selbstfüllen

J. Gebhardt, Ring 9
Automobil-Fahrschule
Räucher Schwaigler
Paul Mohr, Niederstraße 10
Gardinenhaus B. Sander, Niederstr. 84
Kaufhaus Bornstein
Rittelmann & Anebel
Geldkontorei B. Eisner
Kunella Gold
Kunella-Bons
W. Grau
Biergroßhandlung Vinzenz Jänsch

Gotthold Gabler, Glaserstr. 5
Billigste Bezugsquelle von Lebensmitteln
Grünberger Bergschloß-Biere
KARL VÖLKERS
Möbel
Joseph Franz jr., Laubengang
Damenkonfektion Aussteuerwaren
Preiswert und gut
Engelhardt-Biere sind gut und bekömmlich

Trinkt einheimisches Bier der Brauerei Bergschloßchen A.-G.

Haynau
Marie Winter, Friedrichstraße 12
Theodor Prinz :: Ring 30
Rag Grindel, Stodstraße 8
Otto Biegorzel
Gehr. Janner, Liegnitzer Straße 34
MAX SCHREIBER
Hermann Stiller

Hirschberg
Fahrräder - Motorräder
Otto Schulz, Fleisch- u. Wurstwaren
H. Bruchmann, Greiffenberger Str. 11
Fleischeri und Wurstfabrik
Kaufhaus Hirsch
OTTO SPÜTH & SOHN
Hermann Hirschfeld
J. L. Parisers Wwe.

Goldberg
Herren- und Knabenbekleidung
Paul Förster
Hilfred Müller :: Friseurgeschäft
Referiert 100
ZIGARRENHAUS
Haupt-Restaurant :: Niederstr. 5
Spezial-Hof-Haus
Bunzlau

BEKLEIDUNGSHAUS
Herrn- und Knaben- Konfektion
A. Strokosch / Markt
Graf Wolf :: Wäsche- und Wäschereier
Hirschberg-Cunnersdorf
Erich Schröter
Neusalz
M. Zuckermann, Markt

Neusalz
Paul Walter, Berliner Straße 35
A. Stephan :: Freystraße Straße 15
Arbeiterbekleidung
Friedrich Hilgner
Billigste Bezugsquelle für Farben und Lacke
EMIL WIESNER
ALBERT KUNKE
Kaufhaus Bornstein, Freystädter Straße 14

Max Jordan
Friedrichstraße 30
HEINRICH HEINZEL
Adolf Lehmann
Beste Bezugsquelle sämtlicher Kolonialwaren
Paul Wille, Berliner Straße 37
A. Gestigal :: Markt
Kaufhaus Bornstein, Freystädter Straße 14

Fahrräder / Nähmaschinen
Sproffau
Berlebrädel „Zur Altdeutschen“
FAHRRADHAUS
Billig und gut
Adolf Schindler, Markt 36
Glogau

Fahrradhaus Hoffmann
Fahrräder - Nähmaschinen

Liegnitz
Brot, Weiß- und Feinbäckeri
Eugen Ritz, Mitterstraße 36
Berliner Fahrradhaus
Fahrräder, Ersatzteile, Reparaturwerkstatt
Haupt-Restaurant :: Niederstr. 5
Paul Wille, Berliner Straße 37
G. Hansen Radfahrer
Emma Dutkowsky, Wilhelmstraße 18
Emma Wöhe :: Wilhelmstraße 13
Paul Graf :: Breslauer Str. 1

Damen-, Herren- u. Kinder-Bekleidung
Konfektionshaus Bogorjessky
Gustav Blümel, Breslauer Straße 88
Uhren und Goldwaren
Willy Rother, Breslauer Straße 33
CARL KRÜGER
Max Süßmann
Max Futen, Ring 9/10

Büchsenwaren aller Art
Zigarren :: Zigaretten :: Tabak
Friseur W. Welzel
Motor- und Fahrräder :: Nähmaschinen
Brot- und Feinbäckeri
Willy-Räder - Nähmaschinen
Waren-Kredithaus
Preiswerte T. bakwaren



Die sozialdemokratischen Spalter der Arbeiter-Sportbewegung am West

Unter der Leitung der Opposition hat die Arbeitersportbewegung besonders im 1. Kreis (Berlin) in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht, was sogar vom Bundesvorstand zugegeben wurde.

Im Interesse der Einheit unseres Arbeitersports teile ich Euch folgendes mit: In einer Besprechung der sozialdemokratischen Fraktionsführer im Arbeitersport mit Vertretern des Parteivorstandes wurden die Methoden festgelegt, mit Hilfe deren man Herr über die Opposition werden will.

Bei der Besprechung der auf dem Bundestag in Leipzig zu befolgenden Taktik wurde mitgeteilt, daß der Parteivorstand Crispian entsenden würde, der bereits in der Begrüßungsrede Stimmung gegen die Kommunisten machen wird.

In Leipzig will man weiter eine Erklärung vorlegen, die so offenkundig sich für die SPD, als die einzige Arbeiterpartei, erklärt, daß kein oppositioneller Delegierter sie unterschreiben kann.

Der Kreisfiskierer Schulz und der Kreisvertreter Reichert sind diejenigen, die in Leipzig auf dem Bundestag besonders die Mäde gegen die Berliner Opposition reiten sollen.

Handball-Verbandsmeisterschaften in Breslau.

Am 1. Juli wird auf dem Gohl-Platz in Breslau-Gandau die Verbandsmeisterschaft im Handball ausgetragen. Um den Titel des Verbandsmeisters bewerben sich vier Kreise.

Sehen wir uns die einzelnen Mannschaften an. 1. Kreis Fichte-Nord hat ein bekanntes Verteidigerpaar, das schon jahrelang in der deutschen Ländermannschaft spielte.

Appl I - VfL Dels I 3:2. Obige Mannschaften trafen sich zum Freundschaftsspiel am Hahnenberg.

Massenbeteiligung am Breslauer „Rast“

3000 im Zirkus Busch - Die Demonstration der 8000 - 20 000 im Stadion

Im Zirkus Busch

Das Arbeitersportartell eröffnete seine diesjährige Haupttrafveranstaltung mit einem Hallensportfest im Zirkus Busch, der bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Aus der großen Zahl der sonstigen Darbietungen sei weiterhin das ausgezeichnete Zweier-Kunstfahren erwähnt. Anfang und Ende des erst nach Mitternacht beendeten Programms bildeten Plakstifen unter dem Motto: „Durch Kampf zum Sieg“ und „Nach dich frei!“

Vogel. Fliegengewicht: Hein, Hercules-Brieg, ist nach hartem Kampf Punktstieger über Grzylowa, 1897-Breslau.

Ringen: Jimmer, Freie Sportvereinigung 1897, liefert mit Klasse, Sportverein „Nordost“ einen guten, technischen Kampf, indem er Klasse blitzschnell auf die Schulter bringt.

Im Stadion

Der Haupttag war dann der Sonntag. Bereits in der Mittagsstunde sammelten sich in den einzelnen Stadtteilen die Teilnehmer an der Demonstration, um anschließend in geschlossenen Zügen nach dem Hauptammelplatz, dem Neumarkt, zu marschieren.

Es ist unmöglich, bei der Fülle der Darbietungen diese alle einzeln aufzuführen. Es sei nur hier festgestellt, daß sie alle dem stärksten Interesse der Zuschauer begegneten, und oftmals lohnte Beifall ganz besonders treffliche Leistungen.

MSV. Breslau „Südbad“. Das Werbespiel der Frauen-Mannschaften von Neukirch und Einigkeit Groß-Mochbern endete mit 0:0. Des Platzbesizers dritte Mannschaft schlug VfL III mit 5:1.

Handball. Heute 20 Uhr, Hante, Leuthenstr., Spelausführung. Dazu müssen jeder Verein und jede Abteilung einen Vertreter entsenden. Auch müssen die Plakate und Karten für die Verbandsmeisterschaften abgegeben werden.

Berichtigung. In der Nummer vom 16. Juni unter Waldenburg sollte es nicht heißen Sturm II, sondern Sturm I.

Dels. Arbeiter-Kultur- und Sportartell. Bei einzelnen Punkten der Tagesordnung der letzten Sitzung entspann sich eine lebhafteste Debatte. Nach Erledigung der geschäftlichen Formalitäten wurde zunächst die Eingabe an den Magistrat betreffs Schaffung von Plätzen für den Radsport besprochen.

richtig über den Verlauf der einzelnen Wettkämpfe, die, das sei noch hervorgehoben, in der olympischen Stafette sogar eine neue Bundesbestleistung brachten.

Handball-Stadtspiel Halle-Breslau 6:2

Halbzeit 4:1, Endverhältnis 8:1

Halle hat Platzwahl und wählt Sonne und Wind im Rücken. Breslaus Ansturm wird schon von der Läuferreihe abgefangen. Es entwickelt sich ein schönes Spiel, bei dem sich Halle durch Schnelligkeit auszeichnet.

Sieg der West-Mannschaft über die Fußball-Stadtmannschaft

In Stelle der Fußball-Kreisemannschaft trat die Mannschaft von Breslau-West an und konnte überraschenderweise gegen die Stadtmannschaft 4:2 gewinnen.

Ergebnisse der leichtathletischen Wettkämpfe

1500-Meter-Lauf. Jugend 14-16 Jahre: 1. Rusche, Freie Rudervereinigung, 4,58 Min.; 2. Grzeluchyna, 7. Abt. Fr. Turnerschaft, 5,28 Min.

Kartellführung zur Sprache gebracht. Eine andere Regelung ist aber nicht möglich der örtlichen Verhältnisse wegen, auch hat es sich im Laufe der Jahre erwiesen, daß der bestimmte Tag der geeignetste ist.

Ober-, Nieder-Salzbrunn, Adelsbach. Das Sportartell hielt seine letzte Vollversammlung im „Schwerm“ in Ober-Salzbrunn ab. Als erstes wurde der Reichs-Arbeiter-Sporttag besprochen.

Waldenburg. Am vergangenen Sonntag weilte Breslau „West“ bei den „Freien Sportfreunden“ Waldenburg zu Gast. Konnten die Breslauer das letzte Freundschaftsspiel noch mit 6:2 gewinnen, so mußten sie diesmal eine 2:1-Niederlage mit nach Hause nehmen.

Niesky. Der Schwermathletabteilung des Arbeitersportvereins ist die Austragung des diesjährigen Bezirksmeisters übertragen worden. Dieser wird am 30. Juni und 1. Juli in Niesky ausgetragen und ist offen für alle Bundesmitglieder.

Bade dich gesund im Breslauer Hallenschwimmbad

Sporthaus Robs Breslau 7, Hölchenstr. 75 / Fernruf 37428 Spezialgeschäft für alle Sportarten. Fabriklager und Vertretung der bekannten Bionier-Faltboote



# SOZIALPOLITISCHE RUNDSCHAU

AUS THEORIE UND PRAXIS

## Kinderarbeit in Deutschland

Daß das Kinderschutzgesetz bei uns in Deutschland wie in allen übrigen kapitalistischen Staaten auf dem Papier steht, ist uns allen bekannt. Und doch wird uns die ganze ungeheure Kinderausbeutung erst so recht klar, wenn man die einzelnen Berichte und das verstreute Material etwas näher zusammenstellt.

Gegenden als ein „Ausruhen von der Arbeit“ betrachtet.

Wenn wir noch an das Heer der Großstadtkinder denken, die mit Zeitungsaustragen (in Berlin sollen allein 1946 Kinder dies tun), Laufzügen, Straßenhandel, beschäftigt alle an die Arbeit, die beinahe ausnahmslos alle

zur Aufsicht hinterher, wohl auch einmal mit dem Stiel die Kinder zur Arbeit anfeuernd. Die vier Knaben fehlten in der Schule 8, 9, 10 und 11 Tage, die drei Mädchen 10, 11 und 12 Tage. Von den vier Knaben haben an diesen Arbeitstagen drei an Körpergewicht verloren: 1, 1½, 2 Kilogramm. Die Mädchen waren unterernährte, nervöse Kinder.

Aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten geht in den seltensten Fällen hervor, wie alt die beschäftigten Kinder sind und für welchen Lohn sie um ihre Kindheit täglich betrogen werden. Darüber schweigt man sich aus. Zum erstenmal sind jetzt Untersuchungen angestellt worden über die Schädlichkeit der Arbeit auf die Gesundheit.

In dem Bericht über diese Untersuchung wird auch über die Kinderarbeit berichtet. Sogar die Gewerbeaufsicht muß hier zugeben, daß bei einzelnen Zweigen der untersuchten Industrie — es handelt sich um die Thüringische Spielwarenindustrie — schwere gesundheitliche Schäden für die Erwachsenen, geschweize für die dort beschäftigten Kinder, zu verzeichnen sind. Aber auch dieser Bericht ist sehr zahm. Keine Angaben, wieviel Kinder angetroffen wurden, keine Angaben über die Löhne. Die wenigsten Menschen haben über den Arbeitsvorgang und die Arbeitsverhältnisse eine Ahnung, daher bringen wir etwas aus dem Bericht.

In der Thüringischen Spielwarenindustrie werden in der Drückerlei unter Verwendung von Papierabfällen, Holz- und Schwarzmehl, geschlemmten tonhaltigen Sand und Leimwasser, Papiermaché hergestellt. Durch Zusammenketten wird ein teigartiges Gemenge hergestellt und in dünne Scheiben gewalzt. Diese Masse wird dann in Ton- oder Schwefelformen eingedrückt. Die Formen werden vorher mit Kiesmischung von Leinöl und Petroleum angestrichen. Die aus der Form noch feucht hervorkommenden Gegenstände werden in einer mit Grude beheizten Trockendarre oder über einem Ofen zum Trocknen aufgestellt. In der Regel sollen diese Arbeiten von Erwachsenen nach dem Gewerbeaufsichtsbericht ausgeführt werden; nur zum Herstellen kleinerer Gegenstände sollen auch „ältere Kinder“ verwandt werden, die bei der Kleinheit der Gegenstände, bei ihren kleineren Fingern, größere Gewandtheit für derartige Arbeit besitzen sollen. Abgesehen von dem feinen Mehlstaub, der beim Zubereiten des Teiges in die Atemluft gerät, tritt durch das Gären des Teiges beim längeren Stehen erhöhte Wasserdunstung und Kohlensäureentwicklung ein, die Uebelkeit und Kopfschmerz hervorruft. Durch das Bestreichen der Formenwände mit Öl und Petroleum

füllen sich die Arbeitsräume mit Öl- und Petroleumdämpfen an, die die Schleimhäute stark reizen und Uebelkeit, Appetitlosigkeit und Hautausschläge herbeiführen können. Man sieht also, welchen gesundheitsschädigenden Einflüssen diese armen Kinder neben der viel stündigen Arbeit an sich ausgesetzt sind.

Bei der Herstellung hölzerner Spielwaren Puppenglieder und Gelenkteile werden Drechslerarbeiten von erwachsenen männlichen Personen ausgeführt, während Kinder und ältere Leute Hilfsarbeit leisten, d. h. in die hergestellten Gelenkteile müssen sie Einschnitte mit Messern einkerben oder Löcher für Gummifäden oder Oesen einbohren. Nur in Betrieben, wo Kreissägen verwendet werden oder ein Abschleifen der Fabrikate mit Sand- oder Schmirgelpapier üblich ist, tritt gesundheitsschädigender Staub auf.

Bei der Herstellung von Schiffen und Tieren nehmen Kinder die Zusammensetzarbeiten und das Bemalen vor.

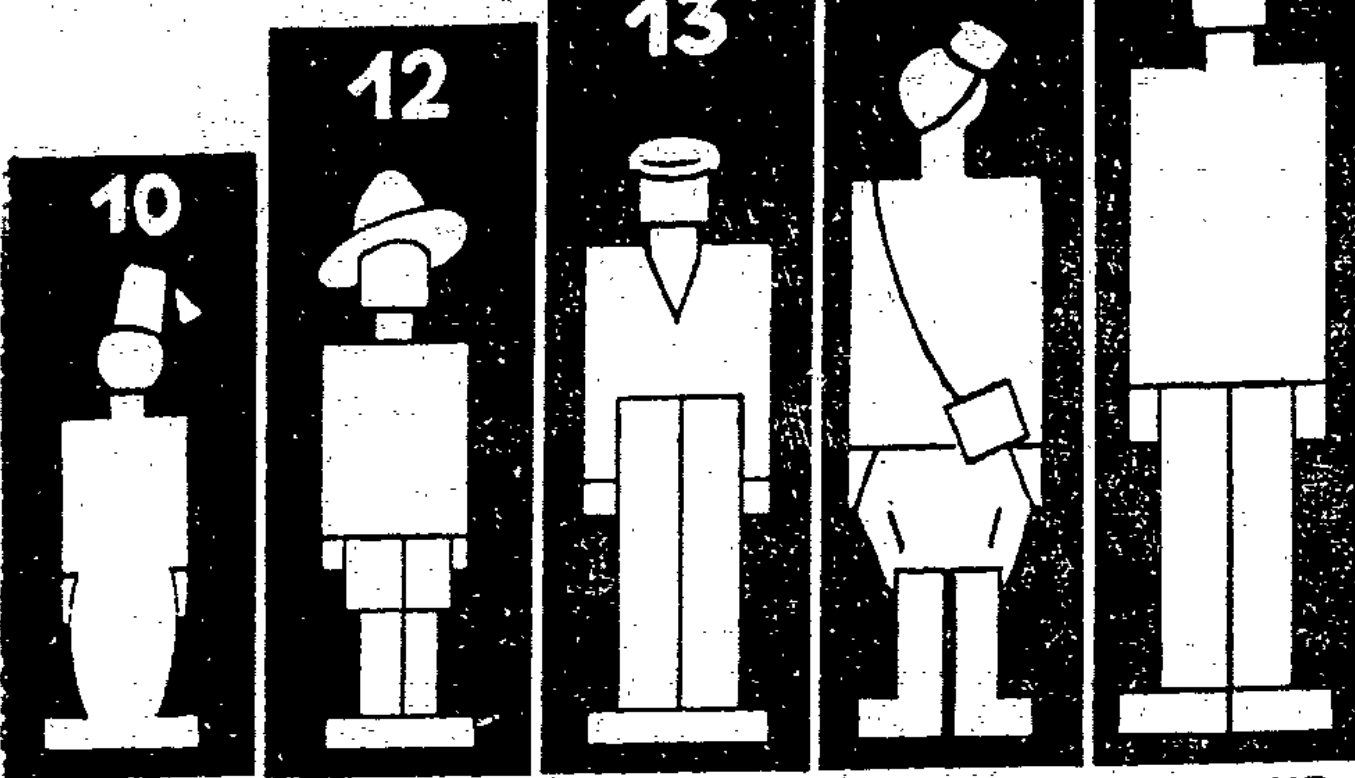
Beim Dockenstopfen, d. h. dem Füllen von Puppenbälgen oder Tierkörpern mit Spänen, werden Kinder beim Einfüllen beschäftigt, während das Feststopfen durch den Mann und das Zunähen durch die Frau erfolgt. Es bilden sich dabei beträchtliche Mengen Staub, besonders bei der Kinderarbeit. Selbst die Gewerbeaufsichtsbehörde spricht von der Bedenklichkeit dieser Arbeit, als gerade hierbei die größte Menge Staub entsteht und Katarrhe, ungewöhnliche Färbung der Lungengewebe sowie Augenirritationen herbeiführt. Bei der Herstellung von Pelz- und Plüschwaren sind ebenfalls Kinder beschäftigt mit dem Umsülpen der genähten Tierkörper. Auch hier starke gesundheitliche Schäden, Bindehautentzündungen und Katarrhe der Atmungsorgane.

Beim Frisieren von Puppen werden die Vorbereitungsarbeiten, wie das Aufkleben von Pappe auf den Schädel, von Kindern verrichtet, während das Fertigmachen der Frisuren in den Händen der Erwachsenen liegt. Bei derartigen Arbeiten entstehen Dünste und Dämpfe durch den dauernd für diese Arbeit heißgehaltenen Leim und erhöhte Kohlensäure- und Wasserdampfbildung durch das Anwärmen der Brennscheren an offenen Gasflammen, die besonders die Kinder gesundheitlich gefährden.

Bei der Herstellung von Puppenkleidern und Pappenschuhen wird ebenfalls von Kindern Hilfsarbeit geleistet.

Proletariatskinder müssen helfen, für die Kinder der Reichen das Spielzeug und die Puppen herzustellen. Sie selbst können an kein Spiel denken, werden um ihre Kindheit betrogen und in ihrer Gesundheit und damit in ihrer Zukunft aufs schwerste rücksichtslos zugunsten ihrer kapitalistischen Ausbeuter geschädigt. Sowjetrußland ist das einzige Land, in dem es eine Kinderarbeit nicht gibt. Bis zum 16. Lebensjahre ist Erwerbsarbeit für Kinder verboten. In Rußland herrscht aber auch nicht der kapitalistische Ausbeuter, sondern die Arbeiterschaft, die weiß, daß die Kinder ihre Zukunft sind.

## ARBEITSVERBOTE FÜR KINDER bis 16 Jahr



SPANIEN RUMÄNIEN DEUTSCHL. ENGLAND RUßLAND  
UNGARN ITALIEN FRANKREICH IRLAND  
TÜRKEI PORTUGAL

Die wahren Zahlen und der wirkliche Umfang der Kinderarbeit ist ja nie richtig festzustellen, da die maßgebenden Stellen wohl wissen, weshalb sie sich keine Mühe geben, auf diesem Gebiet einwandfreies statistisches Material zu beschaffen; Ehre könnten sie damit nicht einlegen. Nach Erhebungen in Sachsen waren von 150 000 Schulkindern 34 000 erwerbstätig, also 22,7 Prozent, im Gewerbeaufsichtsbezirk Annaberg 50 Prozent aller Schulkinder.

In Nürnberg-Fürth wurden durch die Lehrerschaft 600 gewerblich tätige Schulkinder festgestellt, davon 419, die gesetzwidrig beschäftigt waren.

In Hof werden zahlreiche Kinder zur Hilfe in den Filzstrickerei- und Filzstrickereiindustrien verwendet, was ganz offiziell der Fall ist.

In Reuß ist die Kinderheimarbeit an der Tagesordnung. Die Mädchen sind es hier hauptsächlich, die Handarbeiten machen oder Monogramme sticken müssen. In Gera sind nicht weniger als 18 Prozent der Volksschülerinnen mit Hohlbaumstücken gewerblich beschäftigt.

In Thüringen (Schlotheim) sind von 219 Kindern 105 erwerbstätig. Der Holzarbeiterverband teilt mit, daß in der Klingenthaler Musikinstrumenten-Heimindustrie drei Viertel aller schulpflichtigen Kinder Heimarbeit verrichten. Vier- bis sechsjährige Kinder arbeiten täglich 5 bis 6 Stunden. Ebenso steht es in der westdeutschen Metallheimindustrie.

Im Rheinland werden viel Druckknöpfe fabriziert, die kistenweise zur Ausgabe kommen und von Arbeiterfrauen abgeholt werden. Kaum kommen die Kinder aus der Schule, schon fängt die mühselige Arbeit an. Diese Arbeit besteht darin, die Druckknöpfe auf Karten zu drücken, was sehr mühselig ist. Eine Partie besteht aus 40 Päckchen, pro Päckchen 10 Karten, macht 400 Karten. Eine Karte enthält mit Ober- und Unterteile 72 Teile, das sind bei 400 Karten insgesamt 28 800 Teile. An einer Partie arbeitet eine fünfköpfige Familie vier Stunden. Man höre und stamme, für die Partie eine einzige Mark, also pro Person 0,20 Pf., pro Stunde 5 Pfennig.

In Lüdenscheid waren im Mai 1926 von 3513 betragten Kindern gegen Lohn beschäftigt:

Heimarbeit	679
Austragen von Waren, Zeitungen	120
Hausarbeit bei Fremden	74
Bearbeitung fremder Kinder	49
Landwirtschaft	18
Handelsgewerbe	9
<b>Gesamt</b>	<b>949</b>

gesetzwidrig beschäftigt wurden Kinder:

vor der Schule	51
nach 8 Uhr abends	168
über 3 Stunden bei den Eltern	204
über 3 Stunden bei Fremden	132
<b>Gesamt</b>	<b>555</b>

In der württembergischen Industrie arbeiten nach amtlichen Statistiken 2000 Kinder unter 14 Jahren.

Im Erzgebirge sind allein 40 000 Kinder vom 5. bis 14. Lebensjahre mit Klöppeln regelmäßig beschäftigt. Die Schule wird in diesen

Kinder im Haushalt zu leisten haben, Geschirrspülen, kleinere Geschwister warten, Flecken, Nähen, Essen kochen, so ergibt sich, daß im Durchschnitt jedes Kind von seinem sechsten Lebensjahr an, wenn wir die Schule auch als Arbeit miteinrechnen, täglich eine Arbeitszeit von 12 bis 14 Stunden hat.

Am schlimmsten ist die Kinderarbeit auf dem Lande. Bei Beratungen in Landarbeiterfragen im landwirtschaftlichen Fachausschuß der Reichsarbeitsverwaltung, der sich aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeberorganisationen zusammensetzt, waren hinsichtlich der Kinderarbeit die Arbeitgeber der Ansicht, daß bei gewissen „leichten“ Arbeiten, zu denen sie auch das Rübenziehen und Unkrautjäten rechnen, Kinder nicht entbehrt werden könnten. „Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ stimmten darin überein, die Arbeit auf ein solches Maß zu beschränken, daß Entwicklung der Kinder und Schulausbildung nicht leiden sollten. Die Arbeitnehmer verlangten außerdem ein Verbot der Kinderarbeit vor dem 12. Lebensjahr und vor dem Schulunterricht. In Wirklichkeit arbeiten die Kinder auf dem Lande von früh 6 Uhr bis abends 6 Uhr; zur Schulzeit, die von 7—12 Uhr liegt, wird von 1 Uhr mittags bis 6 Uhr abends gearbeitet.

Im Juni 1927 wurde die Beurlaubung von Volksschülern vom Unterricht zum Rübenziehen, zum Unkrautjäten und zur Heuernte durch Verordnung des Volksbildungsministeriums genehmigt. Die Wirkung der Verordnung war unerhört.

In der Lausitz sind allein in der Zeit der Heuernte und des Rübenverziehens an reichlich 100 Schulen 950 Kinder (75 Proz. Knaben, 25 Proz. Mädchen) 3250 Tage beurlaubt gewesen. In vielen dieser Schulen konnte vor allem in den Oberklassen, ein bis zwei Wochen, manchmal noch länger, nicht planmäßig weiter gearbeitet werden, denn vielerorts waren mehr als 30 Prozent mancher Klassen beurlaubt. In einer Klasse fehlten 100 Prozent drei Tage lang. Der Unterrichtsbetrieb litt weiter durch die ungewöhnliche Ermüdung der Kinder. Von den beurlaubten Kindern haben die meisten 9, 10 auch 11 Stunden Feldarbeiten verrichten müssen.

Aus einem Bezirk in Mittelsachsen wird berichtet: von 20 Berufsschülern fehlten 4 je 5, einer 6, 2 je 9, 5 je 12, 3 je 15 Stunden, das sind 15 Schüler mit 141 Stunden; von 120 Berufsschülerinnen fehlten 9 je 4, 14 je 6, 15 je 12, 14 je 16, 10 je 20, eine 24 Stunden, das sind 63 Schülerinnen mit 776 Stunden. Diese Beispiele lassen die Unregelmäßigkeit ahnen, die in die Schule und in den Bildungsgang der Schüler getragen worden ist. In einem anderen Orte sind auf Rittergütern an 3 Tagen 91 Kinder (955 Stunden) beurlaubt gewesen.

Ein Kulturbild gibt folgende Schilderung eines Lehrers: Ich mußte aus meiner Klasse 7 Kinder beurlauben zum Rübenverziehen auf dem Rittergut B. Sie arbeiteten von 5,30 bis 19 Uhr. Pausen: eine halbe Stunde Frühstück, eine Stunde Mittag, eine halbe Stunde Vesper. Verpflegung: dreimal warmes Kaffee, sonst nichts. Also 11 Stunden Arbeit mit Ammarsch, ohne warmes Essen. Lohn: wer auf zwei Zellen zog, 25 Pf. die Stunde, drei Mann mit der Hacke

## WO DRÜCKT DER SCHUH?

Anfrage P. Thürow.

Kann der Jugendschöffe vorher die Akten über die an dem Tage der Sitzung zur Verhandlung kommenden Fälle auf dem Jugendamt einsehen?

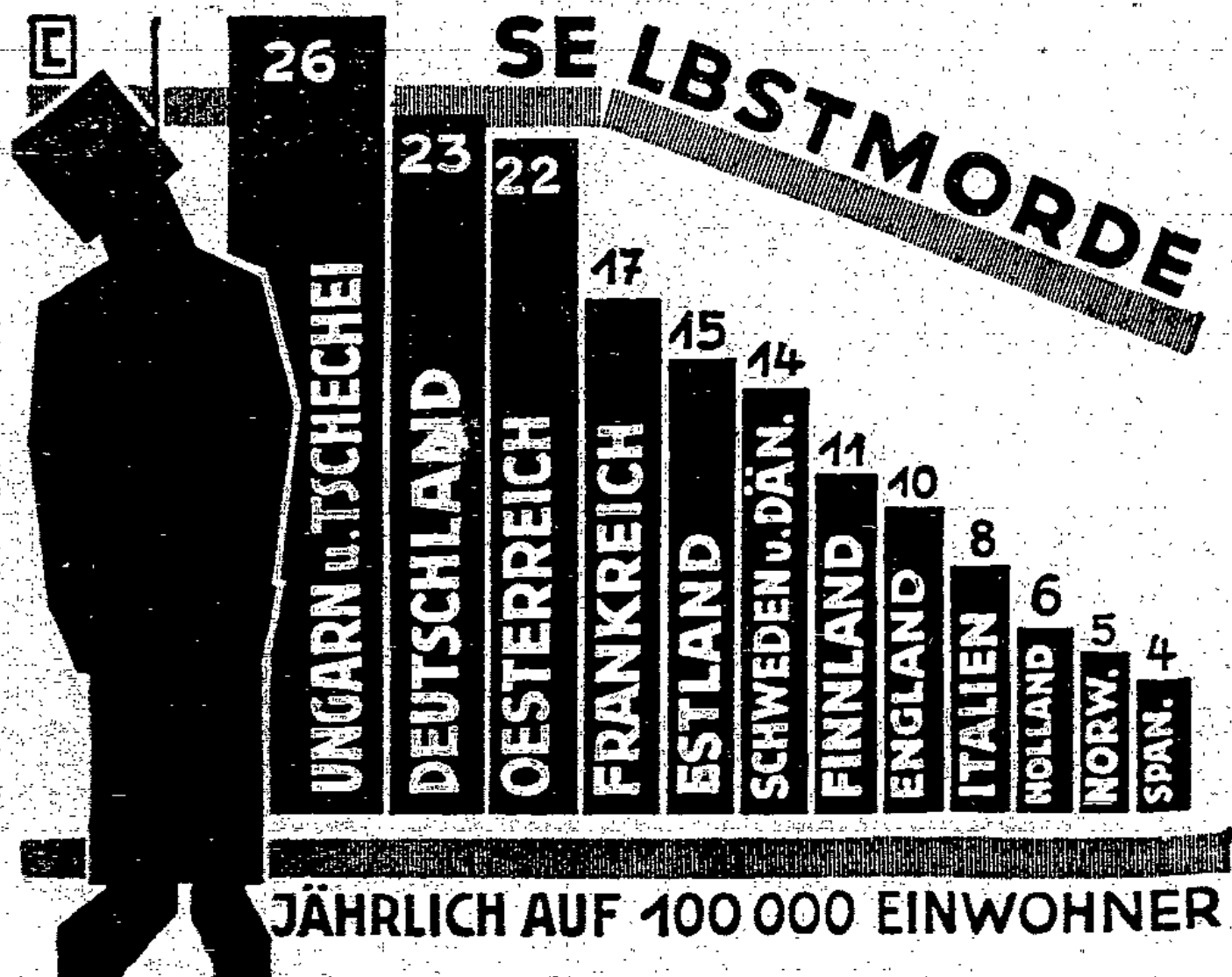
Antwort:

Es ist nicht möglich, vorher die Akten der in Frage kommenden Fälle auf dem Jugendamt vorher einzusehen, da der Schöffe erst in der

Arbeitnehmer nicht den Tariflohn bezahlt bekommen?

Antwort:

Als Pflichtarbeit kann Hochbauarbeit überhaupt nicht in Frage kommen. § 91 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sagt darüber in seinem dritten Abschnitt: „Regelmäßige Arbeiten, die fortlaufend die Arbeitstätigkeit



JÄHRLICH AUF 100 000 EINWOHNER

Verhandlung selbst von dem Fall Kenntnis erhält, da er ja vollkommen „unbeeinflusst“ sein Amt als Schöffe auf Grund der mündlichen Verhandlungen während der Gerichtssitzung ausüben soll.

Anfrage Geschlecht.

Zusammen Pflichtarbeiter und Notstandsarbeiter zusammen bei Hochbauarbeiten beschäftigt werden, und ist es möglich, daß die Notstands-

eines Arbeitnehmers beanspruchen, dürfen nicht im Wege der Pflichtarbeit ausgeführt werden. Es ist deshalb unmöglich, daß Pflichtarbeiter und Notstandsarbeiter zusammen eine Arbeit leisten. Für Notstandsarbeiter muß der Tariflohn gezahlt werden oder es kann auch vom Landesarbeitsamt bestimmt werden, in welcher Höhe der Lohn für Notstandsarbeiter gezahlt wird. Darüber bestimmt der § 139 des ALVG, Abschn. 4.



Wo bleiben die Lohnerhöhungen?

Breslau, 24. Juni 1928.

„Heute ist wieder einmal alles teurer geworden!“ Diese verzweifelte Ausruf konnte man in den letzten Wochen aus dem Munde der Breslauer Arbeiterhausfrauen oftmals hören. Mit Schrecken mußten sie beim Einkauf feststellen, daß für die paar Pfennige, die ihnen zur Verfügung standen, von Woche zu Woche weniger zu haben war.

Besonders auffällig trat die Aufwärtsentwicklung der Preise nach den Wahlen in Erscheinung. Da wurde die Rücksicht, die vorher aus Furcht vor einem durch Preiserhöhungen beeinflussten Wahlergebnis geübt worden war, fallen gelassen und die brutalste Preisblutspur trat in Kraft. Vor allem waren es die Fleischpreise, die andauernd stiegen und auch in diesen Tagen noch steigen.

Wir haben im Nachstehenden einige Preisvergleiche zusammengestellt, die am besten beweisen, mit welchen Riesenschritten die Teuerung vorwärts gegangen ist. Den amtlichen (meist immer etwas niedrigeren) vom Statistischen Amt der Stadt Breslau errechneten Durchschnittspreisen vom 13. d. M. haben wir die Preise von Ende September 1926 gegenübergestellt. Es stiegen demnach im Zeitraum von knapp zwei Jahren:

Das Kilo „Tafelbrot“ von 37 auf 47 Pfg.; das sogenannte „helle Brot“ von 31 auf 41 Pfg. und Weizenmehl von 40 auf 60 Pfg. Also bei dieser Lebensmittelpreisgruppe durchweg ein Ansteigen der Preise um 10 Pfg. das Kilo!

Kartoffeln wurden im gleichen Zeitraum um 1 Pfg. teurer. Gegenüber 9 Pfg. im Jahre 1926 kosten sie jetzt 10 Pfg.

Die Fleischpreise erlebten, wie schon oben gesagt wurde, eine unerhörte Aufwärtsentwicklung. Das Kilo Kalbfleisch stieg von 2,84 Mark auf 2,42 Mark und Hammelfleisch (das billigere Kochfleisch) sogar von 2,40 Mark auf 2,56 Mark. Hierbei ist zu beachten, daß zwischen dem September 1926 und heute eine Periode eines gewissen Rückgangs der Fleischpreise liegt, so daß die tatsächliche Verteuerung der letzten Zeit noch größer ist, als in obigen Vergleichszahlen zum Ausdruck kommt.

Zum Schluß einige Zahlen über die Preissteigerung für Heizung und Beleuchtung. Während für Steinkohlen

im September 1926 pro Zentner 1,64 Mark verlangt wurden, muß man heute 1,75 Mark bezahlen. Selbstverständlich war an der Teuerungswelle auch der Magistrat mit seinen Erzeugnissen beteiligt. Er erhöhte den Preis für eine Kilowattstunde elektrische Licht von 40 auf 45 Pfg. und für den Kubikmeter Gas von 18 auf 19 Pfg.

Das waren nur einige Zahlen, die aber durch die Preisentwicklung aller anderen Lebensmittel jederzeit bestätigt werden. Wenn die Entwicklung in diesem Tempo weitergeht, dürfte bald der Tag kommen, wo die Arbeiterfrau nicht mehr imstande sein wird, selbst das zum Leben allernotwendigste einzulaufen. Nur eine Möglichkeit besteht, einer solchen Entwicklung vorzubeugen: Die Arbeiter müssen um höhere Löhne kämpfen!

Gegenwärtig befinden sich bereits die Breslauer Metallarbeiter, die stärkste Arbeiterkategorie der Stadt, in einer Lohnbewegung. Ihre Löhne sind mit die niedrigsten. Die Lohnerhöhungen, die ihnen die Unternehmer zugestehen, bleiben stets hinter der Preisentwicklung zurück. Ein Breslauer Kollege hat ausgerechnet, daß während der Laufzeit des letzten Tarifes selbst der bestbezahlte Breslauer Metallarbeiter mit seinem Lohn um 9,60 Mark den Monat hinter den Preisen herhinkt!

Nun stehen die Metallarbeiter wieder vor dem Abschluß eines neuen Tarifes. Gegenüber den vollkommen ungenügenden Forderungen der Gewerkschaftsführer hat die Opposition eigene Forderungen aufgestellt, die außer Verbesserungen in der Arbeitszeit vor allem eine Heraussetzung der Löhne verlangen, und die einen Spitzenlohn von 90 Pfg. vorsehen. Es ist selbstverständlich, daß dieser Lohn dem Metallarbeiter kein Schlemmerleben ermöglicht. Schwer genug wird es ihm noch fallen, mit der Teuerung Schritt zu halten. Ganz ins Hintertreffen aber muß er kommen, wenn etwa die ungenügenden Lohnforderungen der Reformisten Zustimmung finden. Die nächsten Tage erfordern deshalb von der Breslauer Metallarbeiterschaft erhöhte Aufmerksamkeit, und stärkste Agitation für den Tarifvorschlag der Opposition.

Aber nicht nur die Breslauer Metallarbeiter, sondern auch alle anderen Arbeiterkategorien haben sich mit der neuen Teuerungswelle zu beschäftigen und Lohnforderungen zu stellen, damit wenigstens das größte Elend von ihnen abgewendet wird.

Auf zur Delegiertenwahl im Metallarbeiterverband!

Am 1. Juli finden die Wahlen zum Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes statt. Jeder Kollege muß sich an der Wahl beteiligen. Parteigenossen, KZK-Kameraden, Leser der „Arbeiter-Zeitung“, fordert die auch bekannten Metallarbeiter auf, zur Wahl zu gehen und ihre Stimmen für die oppositionellen Kandidaten abzugeben. Es wird von 9-15 Uhr in folgenden Lokalen gewählt: Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17; Schubert, Leuthenstraße 25; Arli, Berliner Straße 92; Heinrich, Andreeßenstraße 39; Kinast, Enderstraße 23; Schmiede-Herberge, Neuweltgasse 42; Karisch, Lohstraße 33; Gajewski, Wärenstraße, Ecke Pöpelwitzstraße; Kanter, Lemahstraße 27; beim Kollegen Guhl, Gerichtskreisam, Klein-Gandau; Brodau, bei Menke, Große Koloniestraße.

Polizeiauto rast gegen Straßenbahn

Gestern 18 Uhr rast in voller Fahrt ein Polizeiauto mit einem Ueberfallkommando der Schupo an der Ecke Leuthen- und Weidenstraße gegen einen Straßenbahnzug. Mehrere Polizeibeamte sollen verletzt worden sein. Der Straßenbahnwagen wurde aus den Schienen geworfen und schwer beschädigt. Nach dem Bericht von Augenzugern soll die Schuld an dem Zusammenstoß bei dem Polizeikommando liegen.

Die Erwerbslosenzahl steigt wieder von Woche zu Woche

In der Provinz Niederschlesien steigt die Zahl der Arbeitsuchenden von 67 408 auf 67 931, während die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger (infolge des berücksichtigten „Ausweicens“) von 46 981 auf 46 870 zurückging. Im Vorjahr wurden zur selben Zeit in Niederschlesien 64 497 Arbeitsuchende und 41 679 Hauptunterstützungsempfänger gezählt.

Platzkonzerte im Ohlauer Tor

Die neugeschaffene Kapelle der 1. Abteilung des Roten Frontkämpferbundes veranstaltet in diesen Tagen ihre ersten Platzkonzerte. Sie spielt am Dienstag und Donnerstag von 19,30 bis 20,30 Uhr auf dem Platz Brodauer Straße, Ecke Tauenhienstraße. Die Arbeiterkassen vom Ohlauer Tor wird aufgefordert, zu den Konzerten zahlreich zu erscheinen. Gleichzeitig wird auf das am Sonnabend, dem 30. Juni, in Morgenau (Gentners Festhalle) stattfindende Kameradschaftsfest der 1. Abteilung hingewiesen. Beginn 18 Uhr, Einlaß 17 Uhr. Preisstücken, Rezitationen, Tanz. Bei günstigem Wetter anschließend Ausflug nach Pirschau mit Korbelle. Eintritt 60 Pfennige.

Alle in der Metallindustrie

beschäftigten Partei- und KZK-Mitglieder erscheinen Dienstag 20 Uhr zu einer sehr wichtigen Besprechung im „Roten Samen“, Kupferschmiedestraße. Auch die erwerbslosen Genossen und Kameraden erscheinen!

Födlischer Motorradunfall. Am Freitag unternahm der 21-jährige Helmuth Warshawski aus Herrmannsdorf eine Probefahrt mit einem neugekauften Motorrad. Dabei verlor er die Gewalt über das Rad und fuhr mit großer Wucht gegen einen Kirschbaum. Er trug einen schweren Schädelbruch davon. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus Bethesda übergeführt, wo er an den Folgen des Unfalls gestorben ist.

Andauernder Stoffandrang zwingt uns, einige uns in den letzten Tagen zugegangenen Berichte auf morgen zurückzustellen.

Einflussnahme des Reichsbanners

Am letzten Sonntag hatten die Schreiberhauer Spießer Gelegenheit, die Bratentüde wieder einmal aus der Mottenkiste zu holen und das lästige Fleckgebimmel daran zu beseitigen, galt es doch, auf dem „Söhnen Rade“ ein Denkmal einzuweihen. Die Schreiberhauer haben sich sehr lange überlegt, welchen Helden aus der vaterländischen Heldengalerie sie dazu erklären könnten, in Stein ausgehauen ein idealer Ablagerungsplatz für Vogelkot zu werden. Endlich sind sich nun die braven republikanischen Gebirgler darüber einig geworden, daß der hochselige Kaiser Wilhelm I., des Holzhaders Onkel, am besten geeignet ist, der Hochgebirgswelt als Herde zu gereichen, schon weil er Befehrer eines dekorativ wirkenden Umhängbartes ist. Der Entwurf zu dem Denkmal stammt von einem Professor, der auf den schönen deutschen Namen Dr. E. L. Antonio hört. Leider herrschte während des Festaktes nicht das traditionelle „Hohenzollernlied“. Den hiesigen Denkmalweihern, die sperrangelweit ihre Futterluden öffneten, um aus voller Männerbrust das „Deutschlandlied“ zum Berggipfel emporquellen zu lassen, schneite es bei dieser patriotischen Beschäftigung tüchtig ins gebälzte Maul. An der republikanischen Kaiserfeier nahmen die Turn- und Kriegervereine teil; der Reichsbannergruppe war es leider nicht möglich, den alten Wilhelm mit anzusehen, weil sie an diesem Tage in Breslau die Republik schützen helfen mußte.

Zu diesem letzten Ereignis ist auch noch einiges zu bemerken. Zunächst kann man gar nicht begreifen, daß anlässlich des Reichsbannerfestes in der „Volksmacht“-Redaktion die Bogen der Begeisterung gar so hoch gingen, nachdem doch Kranoib erst vor kurzem in Hinblick auf die gefestigte Republik dem Reichsbanner die Existenzberechtigung abgesprochen hatte. Er befindet sich übrigens bei dieser ablesenden Haltung in völliger Übereinstimmung mit den Bannerbrüdern von der schwarzen Couleur, denn auch die fromme Summerei-Lante schrieb zwei Tage nach dem Gautreffen: „Nach den Erklärungen sämtlicher Festredner ist die Republik gelichtet... Weßhalb dann überhaupt noch ein Reichsbanner?“ — Ja weshalb, lieber Leser?! Nun, auch darauf kann geantwortet werden. Bisher war es ein angemacktes Vorrecht der schicksalichen Verbände, bei jedem nationalstischen Ma-

Versammlungskalender

- Kommunistischer Jugendverband Breslau. Alle Funktionäre Dienstag 20 Uhr bei Reimann, Neue Antonienstraße.
Roter Frontkämpfer-Bund Breslau. Abt. 3. Montag 20 Uhr Mitgliederversammlung, Funktionäre 18 Uhr.
Abt. 4. Heute Zugabende. Zug 1 und 3 bei Hanke, Zug 2 und 4 im „Anglerheim“, Leuthenstraße. Funktionäre 18 Uhr im „Anglerheim“, Leuthenstraße.
KZK, Abt. 2 (Nord). Dienstag 20 Uhr bei Mitschke, Jägerstraße 2. Mitgliedbücher mitbringen. West-Süd-Zentrum erscheinen ebenfalls zwecks Probe.
Sonstige Organisationen Freiburg. Verein für Mutterschutz und Sozialhygiene. Montag 20 Uhr im Gasthof zum „Grünen Baum“ Versammlung. Der Höflicher Sekretär unseres Bundes spricht über: „Der Weg zur Gesundheit. Frauenkrankheiten, ihre Entstehung und Verhütung.“

Rundfunk-Programm

- Dienstag, 26. Juni, 18: Ritta Seiffert erzählt bessere Märchen. 16.30: Funkkapelle. Leit.: Prabs. 18: Gleiwitz: Landgerichtsdirektor: Wie ist der Arbeitnehmer gegen Rindlungen geschützt? 19.25: G. Pichon: Die Einnahme Roms. 19.50: Dr. Adler: Zum 10. Todestage Peter Kossovers. 20.30: Orchesterkonzert. Leit.: Behr. Schlo. Philharmonie, Berlin. Du. zu Benedetto Cellini. Menuett der Trillier, Schubert und Ungar. March aus Fausts Verwammung. — I. Schalkowsky: Capriccio Italien. — Viji: Les Preludes. 22: Abendberichte. Mitteilungen des Verbandes der Funkfreunde.
Mittwoch, 27. Juni, 16: Gleiwitz: R. Venkert: Mittel und Wege zur Verhütung von Kohlenstauberlosionen. 16.30: Kammerkonzert. Ausl.: Jany und Trade (Violine), Bader (Cello), Schratel (Klavier). 18: Dr. Boehlich: Reisen der Römer und Germanen. 19.25: E. Zimmer: Wie verbringt der Arbeiter seinen Urlaub? 19.50: Berichte über Kunst und Literatur. 20.30: Aus der Schmelzer in Gleiwitz: Volksständisches Konzert der Kapelle der Feuerwehr Gleiwitz. Leit.: Obermüller, Bedmann, Reinhard: An die Gewichte. — Kubert Duu, Mäurer und Schlofer. — Hall: Die Hochzeit der Winde. — Thiem: Fant. Wäghem Tell. — Suppe: Duu. Die schöne Galacke. — Zieher: Nachwärme. — Wenrich: Regenbogen. — Umde: Stämmische Nachparade. — Baumgartner: Noch sind die Tage der Rosen. — Schalk: Sid-Sad. — Blon: Unter dem Siegesbanner.

maut als Spalier am Bordstein Männchen zu machen. Von nun an will das Reichsbanner mit den „Vaterländischen Verbänden“ deswegen in Konkurrenz treten, natürlich mit Recht, denn seiner ganzen Struktur nach gehört ja das Reichsbanner zu diesen Verbänden. Der erste Schritt nach dieser Richtung hin ist bereits getan. Vor einigen Tagen hat das Reichsbanner Seite an Seite mit dem Stahlhelm in Bremen vor der nationalstischen Weinahedean-überflieger stramm die Fäden zusammengefasst, und der eine der geschäftigen „Herren“ der arisch-semitische Monotelträger u. Hünesfeld hat einen Tag später in Berlin seiner Freude über den prächtigen patriotischen Geist des Reichsbanners Ausdruck gegeben. Wer das letztere nicht glaubt, kann Näheres darüber in der „Schlesischen Volkszeitung“ nachlesen. Vergeblich wird man natürlich eine Nachricht über diese Eingliederung des Reichsbanners in die reaktionäre Front in der „Volksmacht“ suchen. Sie darf von dieser peinlichen Angelegenheit nichts erwähnen. Man würde ja sonst Herrn Dars flamieren, den Redaktionspöten des Blattes, der am letzten Sonnabend zur Begrüßung des Reichsbanners in die rostigen Saiten seiner knarrenden Leier griff und ihr folgende Töne entlockte:

Noch einen Schlag, wie der es war Vom zwanzigsten des Mai, Dann sinkt in Staub für immerdar Die alte Tyrannie!

Sollte der brave Kelmer „Reda“ ganz vergessen haben, daß auch die Kirche eine der finsternen Mächte der „alten Tyrannie“ ist? Wahrscheinlich steht durch die schwarzrotgoldene Bannerbrille die Welt etwas anders aus. Auch der Zentrumsbannerer Dr. Leibel, Berlin, einer der Festredner der Gautonferenz, redete ja in Prosa ähnliche Töne wie Herr Dars in seiner hausbadenen Poesie. Der Bericht der „Volksmacht“ sagte darüber: „Auch als Vertreter der Zentrumspartei steht er in der letzten Wahl einen großen Sieg. Wenn auch seine Partei Verluste erlitten hat, so ist doch aber der Reaktion eine vernichtende Niederlage beigebracht worden.“ Bisher waren auch die sozialdemokratischen Arbeiter der Ansicht, daß das Zentrum zu den reaktionären Parteien gehört. Dem Reichsbanner zuliebe werden sie, wenn sie der „Volksmacht“ folgen wollen, sich diese Ansicht nunmehr abgewöhnen müssen. „Mit uns zieht die neue Zeit“, verkündete am Sonntag ländend der Bannergeneral Steiling. Mit dem Pfaffen-Zentrum zieht die neue Zeit! Dazu kann man nur lächelnd „Frei Peil“ sagen...

Am letzten Sonntag war überhaupt so allehand los. Während die schlesischen Bannerbrüder sich der Tätigkeit des Republikshutes hingaben, strömten im Messehof die schlesischen Regelführer zusammen, um auch ihrerseits am Wiederaufbau des Vaterlandes teilzunehmen. Bei der Begrüßungsfeier waren die sogenannten Spitzen der Behörden anwesend, sogar die Handelskammer hatte es sich nicht nehmen lassen, einen Vertreter zu delegieren. Was hat die Handelskammer für ein Interesse an Regellen? Da ist es schon eher zu verstehen, daß die Post einen Oberpostamt zur Begrüßung der Regler entsandte, denn bei der Oberpostdirektion wimmelt es von Böllischen, und das Regellen ist doch nun einmal ein echter, deutscher Sport. Das war schon daraus zu ersehen, daß man dem Stahlhelm-Kapellmeister Schall mit seinem Blasorchester den musikalischen Teil der Regellei übertragen hatte. Das geht weiter daraus hervor, daß der festredende Oberregler den Regelsport „als wertvollen Mitarbeiter an der Wiederverstärkung unseres Vaterlandes“ feierte. Da nach den Ausführungen des selben Herrn das Regellen gleichzeitig als „Ueberwindender aller wirtschaftlichen und beruflichen Gegensätze und als Sammler zur Einigkeit des Volkes“ anzusehen ist, möchten wir die Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie auf diesen Sport lenken, der durch seine Eigenschaften in hohem Maße geeignet scheint, der Sport der „Großen Koalition“ zu werden. Vielleicht haben wir bald das Vergnügen, allerorten SPD-Regelbahnen erstellen zu sehen. Es versteht sich, daß zum Ehrenoberregler dieser „Regel-Maxisten“ des Reichsbannerhändler Herrmann Müller ernannt werden möchte.

Da anscheinend immer mehr katholische Lämmer aus der Herde ausbrechen und in verbrecherischer Weise „Mischelien“ eingehen, ist man in katholischen Lager stark bemüht, die Gläubigen zu gottwohlgefälligem Geshloß zu animieren, schon damit der notwendige Nachwuchs erzeugt wird. Zu diesem Behufe hat man ein Unternehmen ins Leben gerufen, welches den schönen Namen „Redu“ führt, was zu Deutsch „Katholiken-Gesellschaft“ heißt. Dieser katholische Liebeskammer genießt „Kirchliche Gutesetzung und Empfehlung“, wie es in der „Schlesischen Volkszeitung“ zu lesen ist. Katholiken, hetzelt nur katholische Frauen! Zeugt nur katholische Kinder! Immer hinein in den „Redu“! Sobald das Geld im „Redu“ klingt, In's Bett 'ne fromme Jungfer springt. mucha.





# Waldenburger Bergland

## Die Bergarbeiter zum Gewerkschafts-Longren

### Gegen die Spaltungsoffenheit der Bürokratie

#### Bergarbeiterversammlung der Zahlstelle Nieder-Altwasser

Am vergangenen Sonntag hielt die Zahlstelle Nieder-Altwasser des Bergarbeiterverbandes ihre fällige Monatsversammlung ab. Referent Döring von der Volkshilfe hielt einen Vortrag über die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterchaft und ihre Bedeutung. In der Diskussion wurde die reformistische Auffassung, als ob es durch das Einmischen in die kapitalistische Wirtschaft möglich sei, den Sozialismus zu erringen, zurückgewiesen. Unter „Verschiedenes“ wurde ein Antrag einstimmig angenommen, in dem beim Hauptvorstand energisch gegen die Versuche protestiert wird, den Verband zu einer Filiale der S.P.D. zu machen, und aus diesem Anlaß oppositionelle Verbandsmitglieder auszuschließen. Ein weiterer Antrag ersucht den Gewerkschafts-Longren, den Bundesvorstand des ADGB zu beauftragen, alle Kräfte zu mobilisieren zur Beseitigung der Schlichtungsordnung, der Zoll-gesetze, indirekten Steuern und der Lohnsteuer. Beschllossen wurde, auch in diesem Jahre einen Famausflug zu veranstalten, welcher erst nach dem Gewerkschaftsfest, das am 12. August stattfindet, stattfinden soll. In einem anderen Antrag wird die Beurlaubung der Arbeiter, Schritte zu unternehmen, um die Freilohe von der Steuerbefreiung freizubekommen. Außerdem wurde die Ortsverwaltung ersucht, bei der Milchversorgung Pohl vorstellig zu werden zwecks Beschäftigung der Anlage durch die Zahlstelle. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

## Weitere Arbeiterentlassungen im Bergbau Waldenburg

### Folgen der Staatskubvention!

#### (Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Vorige Woche erhielten wiederum 40 Uebertagearbeiter des Jürlichen Tiefbaus die Kündigung zugehört. Als Grund gibt man Betriebsbeschränkung an. Man will eine Menge Arbeit den Unternehmern vergeben. Wir kennen diese Methoden, die allen Gruben-gewaltigen eigen sind, und die sich darin äußern, die Uebertagearbeit möglichst zu verringern und so die Förder- bzw. Kopsleistung künstlich zu steigern, zu dem ausgebelegten Zwecke, höhere Lantien für die Direktoren und Betriebsleiter herauszuholen. Wird es doch keinem vernünftigen Menschen einfallen, zu behaupten, daß es noch Arbeiter gibt, die billiger arbeiten als die Grubenklaven. Die nun einmal notwendige Arbeit muß gemacht werden, und wenn man sie an Zwischenunternehmer vergibt, ist es klar, daß der Unternehmer verdienen will und ganz gehörig verdient. Nun, es könnte den Arbeitern schließlich gleich sein, ob sie auf der Grube arbeiten oder beim Unternehmer. Aber schließlich erhalten eben die meisten abgebauten Kumpels keine Arbeit, weil es dieses Jahr auch den ganzen Sommer hindurch ein Leer Erwerbslocher gibt. Hinzu kommt, daß man beim Abbau Arbeitern kündigt, die 40 Jahre und noch älter sind und in der Industrie nicht mehr aufgenommen werden. Die Kameraden, die schon 18-20 Jahre auf der Grube einatmen und jetzt rausgeschmissen werden, befinden sich in einer elenden Lage, weil sie auch noch keine Knappheitsrente erhalten können und die Erwerbslosenunterstützung infolge des Lohnlasternehmens und niedriger Löhne erschreckend niedrig ist. Es mag auch Entsetzen der Knappheit sein, sich ihrer Anwärter auf so einfache Art entledigen zu können. Wenn zum Beispiel die Grube die Entlassung von Handwerkern damit begründet: „Die Grube hat nicht die Aufgabe, in ihren Werkstätten neue Artikel zu produzieren“, wie kommt es dann, daß sich Direktoren, wie zum Beispiel Herr Gehre, augenblicklich ein kostbares Möbelstück aus flammender Birke für seine Privatwohnung herstellen läßt? Das also ist die Rationalisierung, wofür die Zehnenbarone 14 Millionen aus Steuermitteln erhielten, und dessen sich auch die Gewerkschafts-Pratagen freuen! — Es wird Aufgabe der Belegisten sein müssen, zum 30. September Kündigung der Tarife und ausreichende Lohn-erhöhung und Arbeitszeitverkürzung zu fordern und — durchzusetzen, schließlich gegen den Willen reformistischer Führer!

## Groß-Waldenburg

Inhaltbare Zukunft auf dem Arbeitsamt  
Ein Erwerbsloser schreibt uns: Nach den Bestimmungen des Erwerbslosenversicherungsgesetzes und Arbeitsvermittlungsgesetzes haben Erwerbslose, die auf Wanderschaft gehen wollen, das Recht, Wanderscheine zu beantragen, mit deren Hilfe sie ihre Unterstützung an einem beliebigen Orte erhalten können, bis sie Arbeit gefunden haben. Nun möchte man meinen, daß diese zwingende Vorschrift ohne weiteres durchgeführt wird. Leider ist dies bei dem Arbeitsamt Waldenburg nicht der Fall. Duzehende Kollegen sind infolge vergeblicher Mühe, einen Wanderschein zu erhalten, ohne diesen auf Wanderschaft gegangen und verzichtet somit auf die ihnen zustehende Unterstützung. Andere laufen tagtäglich zum Amt und seit Wochen vergeblich. Ihnen wird immer wieder gesagt, die Scheine seien in Breslau vom Landes-arbeitsamt bereits abgeholt, aber noch nicht eingetroffen; sie werden am nächsten Tag sicher eintriften. Das geht nun schon Wochenlang. Die Scheine brauchen eben in der modernen Zeit, in der Raum und Zeit so schnell überwunden werden, ein halbes Jahr, ehe sie von Breslau in Waldenburg eintreffen! Wieder ein Beweis bürokratischer Kränklichkeit! Wenn ein Prolet sein Recht verlangt und darauf pocht, wird er angefahren und muß auf seine gefühllos veranlagten Rechte verzichten. Andererseits aber ist man schnell bei der Hand, wenn es heißt, einem Erwerbslosen etwas abzutupfen. Ein Verwaltungs-schickel ist immer noch nicht gebildet infolge der Unreinheit eines Duzehnd Verbands und Verbänden. Jede noch so belanglose, unbedeutende Gruppe will vertreten sein, das heißt, besonders die Geschäftsleiter, und unter diesen sind die stromenden Christen und Jesuiten die am meisten anspruchsvollen. Dann folgt schon lange und unter allen Hadertrümpeln ein heftiger Streit um den freigesprochenen Direktorenposten. Wenn das so weitergeht, werden wir die Methoden großer Staaten im Hinblick um die Staatsbeamtenkarriere rückwärts entfallen. Man sieht den Segen der „Demokratie“ in der Haderburg-Waldenburg-Republik! Die Arbeiter müssen endlich begreifen, daß man diesen Angelegenheiten gehörig ausweichen muß und die Spekulationen dortin beschränken, wofür sie gehören! Das kann man nur dadurch, daß man dieses korrupte System kündigt und ein Arbeiter-Deutschland aufrichtet!

Proletenlos. Ein schwerer Grubenunfall ereignete sich im Betriebe der Färkerseiner Grube. Der Bergbauer Einzel aus Cottbus wurde durch vorzeitiges Losgehen eines Sprengkopfes schwer verletzt. Er trug entsetzliche Verletzungen davon und mußte sofort ins Knappheitslazarett eingeliefert werden. — Im Betriebe der Firma Jäger & Sohn verunglückte der 27 Jahre alte Sagenmüller Sprötte aus Adelsbach tödlich. Er war beim Gatter-

schneiden beschäftigt, als der Gatterrahmen warm lief und zu diesem Zweck nachgedrückt werden mußte. Sprötte hatte die Maschine abgestellt und hatte sich zu weit über die Transportwalzen gebeugt. Im gleichen Augenblicke löste sich eine an der Maschine befindliche Bremsvorrichtung und Sprötte geriet mit dem Kopfe zwischen Transportwalze und Querbalken des Gatterrahmens. Ihm wurde die hintere Schädelkapsel zertrümmert und das Gehirn gequetscht. Er war auf der Stelle tot.

Nieder-Salzbrunn. Eine Mühle niedergerbrannt. In der Nacht zu Freitag wurde die sogenannte neue Mühle des Mühlen-pächters Dünneber ein Raub der Flammen. Das Feuer entstand im Mählwerk und breitete sich mit großer Schnelligkeit aus. Als Ursache wird Heißlaufen der Lager angenommen. Die gesamte maschinelle Anlage sowie große Mehl- und Getreidevorräte wurden vernichtet. Der Schaden ist ganz beträchtlich. An dem Brandherd waren fünf Feuerwehren, darunter die Waldenburger Motorspritze, erschienen. Mit knapper Not entging der Mühlenbesitzer mit seinen Angehörigen dem Verbrennungstode, denn die Flammen schlugen bis in die Schlafstube. Sie konnten sich noch im letzten Augenblick durch die Treppe über eine Wendeltreppe ins Freie retten.

Dittersbach. Promenadenkonzert. Am Dienstag, dem 26. Juni, von 19 bis 20 Uhr findet im Hofe des Amtsgebäudes das dritte Promenadenkonzert der Waldenburger Bergkapelle statt.

## Freiburg

Jirtau. Der „Bergwacht“-Schmierfink. Von der kommunistischen Parlamentsfraktion wird geschrieben: In der Nr. 142 der „Bergwacht“ schreibt der Berichterstatter, daß die Vertreter der K.P.D. plötzlich sehr kleinlaut geworden sind, da nur ein

## Görlitz

Ein Görlitzer Student in Warnemünde ertrunken. In Warnemünde ist beim Baden der Student Karl Heinz Augustin aus Görlitz, der sich vorübergehend in Rostock aufhielt, spurlos verschwunden. Man nimmt an, daß er in den Fluten bei dem stürmischen Wetter umgelommen ist.

1524 Arbeitsjüden in der Stadt. Die Nachfrage nach Mägden und jüngeren Adernachtern für die Landwirtschaft hielt weiter an. Die Lage im Metallgewerbe ist unverändert. Im Holzgewerbe waren Entlassungen von Tischlern zu verzeichnen. Geringe Nachfrage nach männlichen Fachkräften hatte das Textilgewerbe. Die Arbeitsmarktfrage im Baugewerbe ist befriedigend. Die Beschäftigungsmöglichkeit für Musiker war gering. In der Gruppe Lohnarbeit wechselnder Art war die Arbeitsmöglichkeit gering. Für Kaufmännische und technische Angestellte war die Lage unverändert ungünstig. Der Vermittlungsverkehr von und nach außerhalb war unbedeutend. Die Zahl der Arbeitsjüden beträgt zurzeit 1524. Vermittlungen wurden in der Berichtwoche 221 getätigt.

Niesitzer Allerlei! Am vergangenen Sonntag veranstaltete die Ortsgruppe des K.P.D. in Niesitz einen proletarischen Abend. Anwesend war die K.P.V.-Kapelle Görlitz. Bei vorherigen Anlässen wurden immer vom Bahnhofs ab revolutionäre Lieder gespielt. Wie immer, war auch dieses Mal die Polizei wieder zum „Beschützen“ bereit. Die Kameraden schlugen aber einen anderen Weg, als sonst, ein. Und so stand nun Landgendarmarie, Kommunal- und Orts-polizei traut vereint vor der Pforte der kirchlichen Gemächer. Ob mit Freude oder Leid? Der Abend war, trotz geringer Vorbereitung, gut besucht.

Am Sonntag veranstaltete die hiesige Koalition Schwarz-Rot-Gold unter vorherigem Lantam ein Konzert und Tanz auf zwei Sälen. Mit dem Gartenkonzert wurde es nicht, da der Zentrumsstall ein unfreundliches Gesicht machte. Gewöhnliche Veranstaltungen waren oft besser besucht. Am Sonnabend fand im „Hotel Schammer“ ein Freudenessen und -trinken eines Teiles der Beamten und Ange-stellten der Firma Christoph & Unmack statt. Man sagt, es geschah aus Freude von Seiten der Direktion, daß die Leipziger Straßenbahn-wagen so gut ausgefallen sind. (Sprich billig.) Man stelle sich vor: Der Kutrim sollte schon vor vielen Monaten ausgeführt sein. Vor dem Termin brannten Magazin und Ladiererei mit Straßenbahn-wagen vollständig ab. Die Messe in Leipzig war längst vorüber, wo sich die Wagen bezahlt machen sollten, und trotzdem feiert man jetzt die Wagen? Das sieht ja aus, als ob man bei der ganzen Sache ein großartiges Gesicht gemacht hätte. Die Meister hat man deswegen eingeladen, damit man sie wieder besser zum Leuteantreiben ge-brauchen kann.

## Grünberg

Vom Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung. Am Sonnabend hielt die hiesige Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung in der „Reichshalle“ ab. Einer breiten Raum nahm die Ansprache über die vorgegebene kulturelle Aufklärungsarbeit des Vereins ein. Nachdem der Vorsitzende der Kulturkommission das geplante Pro-gramm bekanntgegeben hatte, wurden verschiedene gute Vorschläge gemacht, um vor allen Dingen die freigeistige Gefinnung der Mit-glieder zu fördern und zu festigen. Weiterhin sind öffentliche Ver-sammlungen vorgezogen worden. Der Ausbau der Mitglieder-ersammlungen zu Kulturabenden, an denen auch Nichtmitglieder teil-nehmen können, wird das Bestreben der Vereinsleitung sein. Durch Aufklärungschriften und Flugblätter soll die Agitation nach außen gefördert werden. Beschlossen wurde, als Vereinslokal die „Reichs-halle“ zu wählen. Von einem Protestschreiben an die Regierung betr. Errichtung der Freien Schule nahm die Versammlung zustim-mend Kenntnis. Anschließend wurde auf die Elternbeitragswahlen hingewiesen.

## Sagan

Unter der Lupe. Ueber unser geplagtes Städtchen ist der „Nationalkoller“ hereingebrochen, dessen Ausmaß heute gar noch nicht zu übersehen ist. Nur der Magistrat, der diese Sache voranzah, hat in überaus sinnvoller Weise Gegenmaßnahmen getroffen und beim Sorauer Magistrat die Klännung des Irrenhauses beantragt, da nach Ansicht der medizinischen Fachleute daselbst in dem nächsten halben Jahre von Saganer Idioten voll werden wird. Ganz besonders von dieser Krankheit heimgesucht wird der Stahlhelm, der anläßlich der Hamburger Pleite einen ihrer ergebenden tustlichen Abende wieder veranstaltete. Die Begrüßungsrede hielt ein tatsächlich wahr-echter Freiherr, der den „Siegeszug“ des Stahlhelms in Hamburg in solch erschütternden Tönen besang, daß die anwesenden ver-schrumpelten Germanenmännchen vor lauter Rührung zu Drei gerührt waren. Ja geradezu himmlische Bergung geriet die Versammlung, als der Marsch ertönte: „Mit Standarten und Trompeten, geht der Stahlhelm wieder släten“. Dann kam der Clan des Abends. Die zweite Botschaft des Schnapsbrennerhäuptlings wurde verlesen, die demut prophesiert ist, daß wahrscheinlich der religiös verrückte Weizen-berg Anzeige gegen den Alkoholfabrikanten wegen geschäftshädigen-der Konkurrenz erlassen wird.

Genosse von uns in der fraglichen Gemeindevorstellung war. Du wirst dich wohl täuschen, Schmutzstink von Berichterstatter. Wir stehen zu jeder Sache, am wenigsten Grund hätten wir, an einer so belang-samen Sitzung vorbeizufahren. Wie war es doch voriges Jahr in einer Sitzung, wo zwei von Euch absichtlich fehlten, um eine Sache unter den Tisch fallen zu lassen, jedoch war das nicht gelungen, da auf der bürgerlichen Seite ebenfalls einige fehlten. Trotzdem Ihr diesmal wußtet, daß ein Genosse von uns krank in Breslau lag, einer krank zu Hause und der andere wegen einer so belanglosen Sitzung keine Arbeit in Waldenburg nicht veräumen wollte, seht Ihr Euren Lesern so eine Kost vor. Für wirkliche Verbreitung der Wahr-heit werden wir diesmal besonders Sorge tragen.

## Landeshut

Raum glaublich!  
Aus Michelsdorf, Kreis Landeshut, wird uns geschrieben. Die geradezu feindselige Einstellung vieler Gemeindebehörden den Arbeitslosen und Ausgesteuerten gegenüber ist bedauerlich. Aber das es Gemeinden gibt, welche den Arbeitslosen resp. Krisenunterstützungs-empsängern, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, die ohnehin schon gekürzte Unterstützung zugunsten der Gemeinde noch weiter beschneiden, die trotz Anweisung des Landrats sich weiter weigern, die vom Arbeitsamt festgesetzten Beträge auszuführen, ist kaum glaub-lich, doch beim Gemeindevorstand Michelsdorf anzutreffen. Wir for-dern deshalb sofortiges Eingreifen des Landrats und Klageerhebung gegen den Gemeindevorstand wegen Betruges. Den Arbeitslosen aber raten wir, nur über die Beträge zu quittieren, die sie auch wirk-lich erhalten, und alle Differenzen sofort zur Anzeige zu bringen.

## Jauer

Am Mittwoch um 20 Uhr heraus zur Amnestiefundgebung im „Grünen Adler“!

# Niederschlesien

Die Furcht vor den Kommunisten ist oftmals größer, wie die vor Gott. Ein klassisches Schulbeispiel dafür gibt uns wieder, wie nicht anders zu erwarten ist, einer der Meister der Wollspinnerei. Infolge des guten Geschäftsganges in der Textilindustrie haben die einzelnen Unternehmen einen großen Teil neue Leute eingestellt. Herr Franck erklärte dazu: „Man solle bei der Einstellung von neuen Leuten sehr gut Obacht geben, daß um Himmelswillen keine Kom-munisten mit hineinkämen.“ Schade, daß der Betriebsleiter nicht diesen Ausdruck hören konnte, sonst würde er ohne Zweifel ihm schon den „Angst- und Schweigorden“ verlesen haben. Aus diesem kleinen Beispiel kann die Saganer Arbeiterchaft wiederum ersehen, daß das blödsinnige Gerübe der sozialdemokratischen Führer, die Kommunisten gehen mit dem Unternehmer, eine der äbelften Lügen ist. Statt Liebe und Achtung, wie sie den Sozialdemokraten von der Kapitalistenklasse entgegengebracht werden, ernten wir Haß. Doch wir sind stolz darauf!  
F....

## Liegnitz

Die Stadtverordnetenversammlung vom Donnerstag erlebte wiederum Etatberatungen. Der Haushaltsplan für die höheren Schulen für das Rechnungsjahr 1928 fordert einen Zuschuß von 687 000 Mark (157 000 Mark mehr als 1927). Im Etat der Mädchenmittelschule stehen 48 500 Mark Einnahmen 157 500 Mark Ausgaben gegenüber, so daß hier ein Zuschuß von 109 000 Mark erforderlich ist. Einen Fehlbetrag von 1 031 000 Mark weist der Haushaltsplan der Volksschulen auf. Bei den städtischen Berufsschulen und der höheren Handelsschule ist ein Zuschuß von 81 746,30 Mark nötig. Einen Zu-schuß von 799 500 Mark erfordert der Haushaltsplan der Volkshoch-schule.

## Aus dem Riesengebirge

Chausseestrolche. Als der Musiker Müller aus Somitz in der Nacht mit seinem Fahrrad die Erdmannsdorfer Kunststraße passierte, wurde er von einem beleuchteten Auto überholt, hinter dem ein zweites un beleuchtetes Auto fuhr. Von diesem wurde er vom Rade gemorfen und so schwer verletzt, daß er einen Beinbruch, zwei Armbrüche und einen Schlüsselbeinbruch davontrug. Der Ver-letzte wurde bewußtlos aufgefunden und dem Sirkaberger Kranken-hause zugeführt. Das unbeleuchtete Auto ist unerkannt entkommen.

**Schauspielhaus**  
Operettenbühne  
**Breslau**  
Telephon Nr. 36300

**Stadttheater Breslau**  
(Opernhaus)  
Montag, 20 Uhr  
Gastspiel Elise Kochann  
(Metropol-Theater Berlin)  
**Die Fledermaus**

**Ämtliche Bekanntmachung**  
**von Königszell**  
**Öffentliche**  
**Gemeinde-Sitzung**  
Dienstag, den 26. Juni 1928, abends 8 Uhr  
im Gemeinde-Geschäftszimmer. Tages-  
ordnung siehe Aushang.  
Königszell, den 21. Juni 1928  
**Der Gemeinde-Vorstand**

**Deutscher Baugewerksbund**  
**Waldenburg**  
Donnerstag, 28. Juni, abends 6 1/2 Uhr  
**Mitglieder-Versammlung**  
in der Stadtbrauerei, Waldenburg

**Heu! Heu!**  
**Geschäftseröffnung!**  
Rechts-, Renten-, Immobilien-  
und Hausverwaltungs-Büro  
**K. A. Klobner, Breslau 13**  
Gabitzzstraße 127/129  
Jede erste Auskunft stets kostenlos